

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 M. ... Ausgabe A Nr. 55

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 7. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Reichskanzler zur Ruhrkrise.

„Wir wollten Verständigung — wir wollen sie noch!“

Wer von der gestrigen Kanzlerrede eine Ueberraschung erwartete, wird enttäuscht sein. Eine Ueberraschung wäre es gewesen nach der einen Seite, wenn Dr. Cuno den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien verkündet, nach der anderen Seite, wenn er einen detailliertes Verhandlungsprogramm vorgelegt hätte.

Der Reichskanzler betonte zwar mit Entschiedenheit den Willen des deutschen Volkes, im passiven Widerstand gegen die französische Willkür zu verharren — und über die wachsende Stärke dieses Willens kann in der Tat kein Zweifel sein —, er ließ aber die Wünsche der äußersten Rechten nach dem Uebergang zu schärferen, deswegen aber freilich keineswegs wirksameren Methoden gänzlich unbeachtet. Das muß hervorgehoben werden, obwohl wir durchaus nicht der Meinung sind, daß Herrn Dr. Cuno dafür besonderes Lob gebühre.

Nach der anderen Seite hat es der Reichskanzler auch unterlassen, ein ausführliches Reparationsprogramm zu entwickeln. Die Meinungen darüber, ob dies ein Fehler ist, sind geteilt. Ein in die Öffentlichkeit geworfenes deutsches Reparationsprogramm würde zweifellos bei denen, die guten Willens sind, eine propagandistische Wirkung ausüben, aber würde sich die propagandistische Gegenwirkung derer, die anderen Willens sind, nicht allzu bald einstellen?

Darüber hinaus erhebt sich die Frage, ob eine prinzipielle Verhandlungsbereitschaft bei der gegenwärtigen deutschen Regierung vorhanden ist oder nicht. Aufmerksamkeit haben durch Zählung festgestellt, daß Dr. Cuno im Verlauf seiner Rede fünfmal die Bereitschaft seiner Regierung zu Verhandlungen und zur Verständigung ausgesprochen hat. Dann aber prägte er den Satz: „Darum fort mit dem Gerede über Verhandlungen, mit den Mahnungen zur Verständigung, die nicht an die deutsche, sondern an die französische Regierung zu richten sind.“

Es ist bedauerlich, daß dieser Zwischenfall zu allerhand Auslegungen und Streitigkeiten darüber Anlaß geben wird, ob die gegenwärtige deutsche Regierung zu Verhandlungen bereit ist oder nicht. Aber es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß diese Frage nicht die entscheidende ist. Der Wille der Regierung wird unter den gegenwärtigen Umständen durch den Druck des Massenwillens nach der einen oder nach der anderen Seite gelenkt werden, und dieser Massenwille wird die gegenwärtige Regierung oder eine kommende zum Werkzeug gestalten, mit dessen Hilfe er sich durchsetzt.

Und da muß gesagt werden: Es ist heute in Deutschland keine Regierung möglich, die vor dem französischen Imperialismus kapituliert, indem sie als Ergebnis von Verhandlungen die Festsetzung unausführbarer Reparationsbedingungen und das Verbleiben der fremden Truppen in den neu besetzten Gebieten heimträgt. Es ist aber ebenso wenig eine Regierung möglich, die es ablehnen wollte, im Rahmen des Leistbaren Geld und Gut zu geben, um die schwer bedrängten Volksgenossen im Westen von dem Druck einer feindlichen Besatzung zu befreien.

Der Reichskanzler hat wieder von der Notwendigkeit gesprochen, Opfer zu bringen. Da kann die Bemerkung nicht unterdrückt werden, daß die Opferwilligkeit der bestehenden Klassen unendlich viel zu wünschen übrig läßt. Im „Leipziger Tageblatt“ vom 4. März veröffentlicht der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz einen Aufsatz über die Eindrücke seiner letzten Reise nach England, worin er folgende Auffassung als die weitest englischer Kreise wiedergibt: „Besonders die Besitzenden hätten nie auch nur angedeutet, welchen Opfern sie bereit seien für Deutschlands Freiheit. Gegen

die Geldentwertung sei nie etwas unternommen worden. Statt dessen hätten sich Teile Deutschlands an der Geldentwertung bereichert. Eine wirkliche patriotische Haltung, die Deutschlands Lage in Rechnung setzt, sei kaum zu finden. Die Steuerpolitik sei schlecht. Die Besitzenden drückten sich systematisch von der Zahlung der Steuern. Das mache den denkbar schlechtesten Eindruck in einem Lande wie England, dessen Besitzende Klasse sehr hohe Steuern zahle.“

Dazu läßt sich zur Entschuldigung der bestehenden Klassen Deutschlands gar nichts sagen. Nur zur Rechtfertigung der Sozialdemokratie, die stets nach einer energischen Besteuerung der Besitzenden gedrängt hat, muß bemerkt werden, daß die dahin gerichteten sozialdemokratischen Bestrebungen bisher immer noch durch die unmögliche Reparationspolitik der Entente durchkreuzt worden sind. Sie hat den Steuerdrückbergern das bequeme Argument geliefert, alle Leistungen an den Staat liefen doch nur in ein bodenloses Faß, und wie hoch sie auch gesteigert würden, öffneten sie doch nicht den Weg in die Freiheit. Man zeige uns das Ziel der Freiheit, dann werden wir Sozialdemokraten auch die Kraft haben, die Besitzenden, so wie wir wollen, zum Zahlen zu bringen!

Dieses Ziel ist einstweilen noch nicht sichtbar. Der Reichskanzler hat festgestellt, daß das deutsche Volk den Kampf um seine äußere Freiheit allein kämpft. Die Sozialdemokratie ist bereit, diesen Kampf in erster Reihe zu führen. Sie hat noch nie die Kapitulation vor der brutalen Gewalt gepredigt, war doch der Kampf gegen sie ihr innerstes Wesen von Anfang an. Sie wird ebenso wenig jemals aufhören, für die friedliche Verständigung der Völker auf dem Boden der Gleichberechtigung einzutreten. In diesem Sinn wird sie fortfahren, ihre eigene Politik zu treiben, und je nachdem, wie sich die Regierungen zu dieser Politik stellen, wird sie auch zu ihnen stehen.

Die gestrige Reichstagsitzung eröffnete bei gutbesetztem Hause, vollständiger Anwesenheit der Reichsregierung und überfüllten Tribünen, um 5 Uhr 20 Minuten

Präsident Cöbe,

indem er hervorhob, daß der Reichstag früher zusammengekommen ist, als ursprünglich beabsichtigt war. Das war notwendig angesichts der ungebührlichen Gewalttaten und Herausforderungen, denen unser Volk im Westen ausgesetzt ist. Dort ist eine Verhandlung die andere ab, ein Mord folgt dem anderen. Selbst Rindern, die vom roten Kreuz für eine Fahrt nach Dänemark ausgesucht waren, wurden wegen verbotener Ansammlung militärisch auseinandergeworfen. (Stürmische Psalmen im ganzen Hause.) Die Todesstrafe und lebenslängliches Zuchthaus werden denjenigen angedroht, die dem deutschen Vaterlande ihre Treue bewahren wollen. (Erneute lebhafteste Rufe der Entrüstung.) So sieht die Aktion aus, von der Poincaré sagte, daß

Frankreich keinen Gedanken an eine militärische Operation habe. (Lachen.) Regierung und Reichstag müssen ihre Stimme erheben und vor der ganzen Welt auf diese wachsende Brutalität hinweisen. (Stürmische Zustimmung.)

Der Präsident gedenkt dann des Abnehmens des Botschafters Dr. Mayer, der als Reichstagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei angehört. In kritischer Zeit habe er ein schwieriges Amt in der Hauptstadt desjenigen Siegerstaats übernommen, wo leider die Gedanken des Hasses und der Bergewaltigung am wenigsten abgestorben sind. Der Präsident dankt dem Verstorbenen das Pflichtbewußtsein, das ihn dazu trieb, diese schwierige Aufgabe zu übernehmen, und die Pflichttreue, mit der er sie ausgeübt habe.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Cuno:

Ohne jede Ankündigung haben französische Truppen am 3. März das Hafengebiet von Rannheim besetzt, die Herrschaft über den Hafen von Karlsruhe ergriffen und Eisenbahnwerkstätten und das Elektrizitätswerk in Darmstadt besetzt. Würde das irgendwo sonst unter zivilisierten Staaten geschehen, so würde die Welt voll der Entrüstung über solchen Rechtsbruch sein. Da es aber an Deutschland geschieht, so hält man es als eine kleine Erweiterung der Ruhraktion keines besonderen Aufhebens wert. Frankreich selbst bemüht sich kaum, Rechtsgründe für sein Vorgehen zu geben. Die Verletzung von Röhren im Rhein-Herne-Kanal, mitten im deutschen Gebiet, muß als Vorwand für diesen neuen Rechtsbruch gelten. Dieser Rechtsbruch reiht sich an den Einbruch, den Frankreich mit der Besetzung der Städte Offenburg und Appenweier mit der leeren Begründung beging, daß dies die Strafe für den Ausfall einiger Schnellzüge und allgemeiner Verfehlung sei. Er reiht sich an den am Niederrhein begangenen Rechtsbruch der Besetzung der Städte Emmerich und Wesel und den jüngsten Einbrüchen am Mittelrhein, wo Frankreich die Städte Königswinter, Caub und Lorch ohne Rechtsgrund, ja sogar

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Hauptzeile kostet 1200 M. ... Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

ohne irgendeinen Rechtsvorwand

(Sehr richtig!) befehlt aus einer anderen Ursache, als weil ihm die im Friedensvertrag vorgegebene Begrenzung der Brückenköpfe nicht mehr gefällt. Das hat ein Regierungsvorsteher im englischen Unterhaus bereits als jeder vertragsmäßigen Grundlage entbehrend gekennzeichnet. Wenige Tage vor dem Einbruch hat Frankreich

die Blutsverordnung gegen die Eisenbahner

erlassen, die durch Strafbestimmungen von unerhörter Grausamkeit gezwungen werden sollen, im Widerspruch mit ihrem Dienstverhältnis an der rechtswidrigen Aktion teilzunehmen. Die französische Regierung ist in der Verfolgung des am 10. Januar betretenen Weges der Gewalt konsequent geblieben. Zwischen den beiden Nachbarvölkern, die aller Kräfte bedürfen, um die Wunden zu heilen, ist ein Haß entstanden, den wieder abzutragen ungeheuer schwer sein wird. Es ist notwendig, weithin sichtbar ein Warnungssignal aufzustellen: die letzten sieben Wochen sind nicht spurlos an unserem Volke vorübergegangen! (Lebhaftes Sehr richtig!)

Sollen diese Spannungen nicht zur Gefahr wachsen, soll Recht im Völkerverkehr nicht zu Rinderpiel und Widerfingern werden, dann müssen wir so klar und deutlich als nur immer möglich, unser eigenes Recht feststellen und die Welt davor warnen, daß Unrecht auf Unrecht immer höher bis zur Unerschütterlichkeit gehäuft wird. Das ist nicht mit einer diplomatischen Note abgetan und duldet — wie die Dinge liegen — keinen Aufschub auch nur um Tage.

Wollen Sie mich mit voller Offenheit und Wahrheit zu Ihnen sprechen wie früher. Wir haben nichts zu verheimlichen. Wir brauchen uns nicht gegenüber dem Wunsch nach Rechnungslegung hinter verschlossene Türen und Tugungen zurückziehen. Unser Schild ist blank. (Widerpruch b. v. Komm. — Unruhe rechts.) Am 9. Januar stellte uns Frankreich mit, es werde eine aus Ingenieuren bestehende Kommission ins Ruhrgebiet entsenden, es denke aber nicht an eine militärische Operation oder eine Besetzung politischer Art.

Ich habe die Pflicht, diesen Worten Frankreichs die Wirklichkeit gegenüberzustellen und

die Bilanz dieser 7 1/2 Wochen

zu ziehen. — Ich beginne mit der Passivseite. Der beschränkte Gebrauch, den Frankreich von Soldaten machen wollte, umfahrt 5 Divisionen mit 2 Generalkommandos, etwa 75 Tausend und Hunderte von Flugzeugen und umfaßt weiße und farbige Truppen. Und was geschah, um das normale Leben der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, sie in Ruhe und Ordnung weiterarbeiten zu lassen? Zunächst hat Frankreich beansprucht, daß seine Befehle von Beamten und Nichtbeamten vollzogen würden. Erst hat es sich dabei noch bemüht, jeweils Rechtsvorwände vorzuschützen. Als das Suchen danach auch den geübten Advokaten zu mühevoll und schwierig wurde, hat man es aufgegeben und ohne sich weiter um die Rechtsgrundlage zu bekümmern, Verordnung über Verordnung erlassen, die jeglichen Rechtsboden entzogen. Da Mahnung und Warnung vergeblich blieben, sollen Zwang und Druck helfen. In welchem Umlange mit Ausweisungen und Verhaftungen gemüht wird, darüber steht abschließender Ziffern

nur einige Beispielsziffern

nach dem Stande der letzten Tage. So sind aus dem Bereich der Reichspostverwaltung 55 Beamte, der Reichsperksverwaltung 71 Beamte, der Reichsfinanzverwaltung 279 Beamte, 600 Beamte aus der preussischen Gemeindeverwaltung und über 70 Schupo-Beamte, aus der bayerischen Polizei seit dem 1. Januar 87 Beamte, aus Baden 9 ausgewiesen und vertrieben worden. Aus der Reichsrechtsverwaltung sind 25, aus der Reichspostverwaltung bis vor wenigen Tagen 22, aus der Reichsfinanzverwaltung 26 Verurteilungen gemeldet, abgegeben von den Verurteilten, die noch nicht zur Kenntnis gekommen sind. Das Verfahren ist ja auch für Massenamendungen einfach genug. Die Läre geht auf, Disziplinar- und Geldstrafen treten ein, paßen den Beamten, und fort geht es ins Ergebnis. Es folgt eine rasche Anlagenerhebung vor dem Kriegsgericht —

Kriegsrecht mitten im Frieden und im Dienst friedlicher Ingenieurmission

— Einwände der Verteidiger werden kurz erledigt, Beschlüsse und Urteile aus vorher gefestigter Niederschrift verlesen. Lange Gefängnis- und hohe Geldstrafen sind das Schicksal der Männer, die ihrem Vaterlande die geschworene Treue halten und den rechtswidrigen Weisungen der Eindringlinge nicht folgen. Tage- und wochenlang werden die Verhafteten in Zellen eingesperrt, die sonst nur zu kurzer Aufnahme für Landstreicher dienen. Tageslang erhalten sie nichts als ein Stück Brot zur Nahrung. (Hört, hört!) Die deutsche Zuchthausordnung steht für den verurteilten gemeinen Verbrecher das Recht vor, Besuche von Verwandten zu empfangen. Die verurteilten deutschen Bürgermeister zu besuchen ist ihren Frauen bisher verwehrt worden. Auch Besuche von Vertretern und Vertreterinnen des internationalen Roten Kreuzes werden abgewiesen. Die Franzosen wissen wohl warum, denn die Unterkunftsräume sind so aller Einrichtungen bar, daß selbst der geringere Grad des französischen Reinlichkeitsbedürfnisses sich der Bloßstellung schämen müßte. (Bewegung und Pfuirufe.) Die Ehre deutscher Männer wird durch solche schändliche Gefangenschaft nicht vermindert, sondern gemehrt. Aber wie ist diese Schande mit der

Ehre des französischen Volkes

zu vereinbaren? So haben Ausweisungen und Verhaftungen ganze deutsche Behörden ihres Hauptes und ihrer Nieder beraubt. Die

Regierungen des befehligen und des Einbruchgebietes haben, wenn nicht den ganzen Bestand, so doch den weitaus größten Teil ihrer Beamten verloren. Große Städte im Rheinland, in Westfalen, in Rheinhessen, in der Pfalz sind durch Ausweisungen und Verschärfungen ihrer Bürgermeister beraubt worden. Brutal und zynisch ohnehin ist durchweg bei diesen Ausweisungen verfahren worden. Die Ausgewiesenen wurden aus ihren Wohnungen oder Umkleekabinen heraus verschleppt und über die Grenze geschleppt. Auch die Familien, darunter kranke Frauen und Kinder, hat man im altbekannten Gebiet mit ausgewiesen, sie genötigt, ihre Habeligkeiten in kürzester Frist in Sicherheit zu bringen und ihre Wohnungen beschlagnahmt. Mit überlegter Grausamkeit ist der Eindringling vorgegangen, denn es ist ihm genau bekannt, wie schwer es bei der herrschenden Wohnungsnot im unbesetzten Gebiet ist, eine neue Wohnung zu finden. Und auch die Abbeförderung der Ausgewiesenen ins unbesetzte Gebiet wird mit bestmöglicher Rücksichtslosigkeit vollzogen. Truppweis werden die Ausgewiesenen auf Lastautos geladen und unter Quälerien der sie begleitenden Soldaten oft in hundensanger Fahrt fortgeführt. Personen von mehr als 60 Jahren wurden

in kalter Winternacht auf ihnen unbekannter Landstraße ausgelegt, eine solche Willkür ist der Tod des Regierungsleiters der Postämter in Speyer, der am 9. Februar in Heidelberg einige Tage nach seiner brutalen Verschleppung verstarb.

Aus der Fülle der Verbrechen nur einige Beispiele, deren sich die räuberische Soldateska bei der Verschleppung ihrer wehrlosen Opfer schuldig gemacht hat: Der fast 60jährige Oberbürgermeister von Oberhausen wurde festgenommen, weil er es ablehnte, den Betriebsleiter der Elektrizitätswerke zur Stelle zu schaffen und ihn damit der Verschleppung zu überantworten. In Gegenwart seiner entrüstet protestierenden Beamten wurde er gefesselt in seinem Kraftwagen weggeführt. Er, der Bürgermeister von Essen und zwei andere treue Beamte wurden während der Untersuchungshaft in einem halbdunklen Kellerraum untergebracht, der nur 18 Kubikmeter Raum hatte, und dort über acht Tage festgehalten. Eine Abordnung des deutschen Roten Kreuzes wurde trotz mehrmaliger Vorstellungen bei dem General Fourrier nicht zu einem Besuche bei den Gefangenen zugelassen. Selbst der Gattin des Bürgermeisters von Essen wurde der Besuch ihres Mannes von demselben General in scharfer Form verweigert. Jetzt sitzen die genannten Männer zur Verbüßung ihrer Strafe im Gefängnis in Düsseldorf.

In Einzelhaft unter schärfster Bewachung.

Als Nahrung erhalten sie französische Gefangnisnahrung; beide Bürgermeister sind noch ärztlich Zeugnis krank. Besonders roh gegen die braven Schutzpolizistenbeamten vorgegangen, die unter größter Aufopferung bis zur Grenze der Selbstverweigerung ihren schweren Dienst verrichtet haben. Zahllos sind die Fälle, in denen sie, weil sie dem Eindringling pflichtgemäß den Gruß verweigerten, mit der Keilspitze geschlagen und aufs schwerste mißhandelt wurden. In Essen wurden ein Schutzpolizist, der ein ohne Bewachung durch die Straßen laufendes Auto anhält, von den Anfassern — französischen Offizieren — tödlich verletzt. Da die Kameraden des Betroffenen das Feuer erwiderten und die französischen Offiziere verletzten, wurde jener

Strazung nach Essen.

unternommen, die Schutzpolizei entwaffnet und aus dem Wachgebäude herausgetrieben. Die Beamten mußten mit ausgehobenen Händen zwischen den französischen Infanteristen marschieren und wurden in Haft genommen. Der Oberbürgermeister, der zweite Bürgermeister, der Polizeipräsident, der Kommandeur der Schutzpolizei und der Reichsbankdirektor wurden verhaftet. Der Stadt wurde eine Geldbuße von 100 Millionen Mark auferlegt. Da die Stadt die Zahlung verweigerte, wurde am nächsten Tage die zwangsweise Betreibung versucht, Banken wurden beschlagnahmt, in Geschäften wurden die Kassen geplündert.

Bürgern auf der Straße das Geld abgefordert; Kolbenstöße erschelen die Auktion.

Der Kanzler schildert sodann eingehend die bekannte Marterung Recklinghausens durch die Soldateska des Generals Laignelot. In Herne verübten französische Soldaten ähnliche Ausschreitungen gegen die Bevölkerung. Die Plünderung der Handelskammer in Bochum, des Flugplatzes in Essen-Lützen sind noch in frischer Erinnerung. Willkür und Unmenslichkeit richten sich

auch gegen Kranke, Obdachlose und Kinder.

Der Bevölkerung von Essen wurde ein Viertel der vorhandenen Krankbetten entzogen; das Obdachloselager wurde beschlagnahmt. In Essen wurden ungeschuldige Kinder aus dem Waisenhaus auf die Straße gesetzt. Selbst vor Morden schreckten die Truppen

nicht zurück. So schossen in Oberhausen in der Nacht vom 20. zum 21. Februar zwei französische Soldaten in der Nähe des Bahnhofes oder jede Veranlassung auf zwei Schutzpolizistenbeamte, verletzten den einen tödlich und ver wundeten den anderen schwer. (Rufe: Unerhört!) Blutaten in Bochum am 22. und in Oberhausen am 23. Februar brachten drei Personen schwere Verwundung, zweien den Tod.

Diese wenigen Beispiele stellen nur einen Bruchteil des Unrechts dar (Sehr wahr!), das an unfernen Brüdern und Schwestern täglich verübt wird. Die Absicht, die mit diesem Schreckensregiment verfolgt wird, ist klar: Ausschaltung der Behörden, Entsetzung ungewisser Beamte und Einschüchterung der Einwohner. Mit den Beamten teilen sich die Führer des politischen Lebens, der Gewerkschaften und der Presse in die Ehre der Bedrückung. An die Zeiten des dreißigjährigen Krieges gemahnt, was an Verbrechen gegen Leib und Leben, Geld und Gut in den Zeiten der Grenzschutzkommission 1923 geschieht.

Auch in Frankreich schämt man sich seiner anscheinend, denn man wagt es nicht, der Welt und dem eigenen Volke die Wahrheit zu sagen. Was Rechtetruß und Gewalt getan, soll

eine läugerische Propaganda

verdecken, der kein Mittel schlecht genug ist und die mit einem dichten Netz von Häscher und Spionen die Bevölkerung in dem leidenden Gebiete und selbst das unbesetzte Deutschland überzieht.

Der zweite Posten der Passivität ist die

Erfolglosigkeit

der Versuche, Kohle zu bekommen. Vom 11. Januar bis 5. März hätte Frankreich 2,1 Millionen Tonnen Kohle erhalten sollen. Bekommen hat es nach Einstellung unserer Lieferungen während dieser Zeit im ganzen 74 000 Tonnen, etwas mehr als den täglichen Bedarf, der zu liefern gewesen wäre. An Holz sollte Frankreich im Jahre 1922 166 000 Festmeter erhalten. Bekommen hat es 92 000 Meter. Der Rest war bis zum 31. März 1923 zugeflogt. Infolge des Ruhrbruchs erhielt Frankreich nichts. Zu diesem Ausfall kommen die Einbußen an Reparationsleistungen und als dritter Posten erscheinen auf der Passivseite die ungeheuren Aufwendungen für die Unterhaltung der Truppen, die nur zu einem nicht nennenswerten Teil durch Raub und Diebstahl gedeckt worden sind. Unproduktivität auf der ganzen Linie, das ist das Kennzeichen des Ruhrunternehmens zur Erfassung produktiver Pfländer. Trotzdem ist Voincaré mit dem Ergebnis zufrieden, obwohl in Lothringen bereits 80 Hochöfen gelockt werden mußten, der Kokspreis um das Doppelte gestiegen und die Kaufkraft des Frank auf ein Drittel gesunken ist. Das Unsielbedürfnis Frankreichs zur Deckung der Kosten des Ruhrunternehmens wächst täglich. Auf diesem Wege wird Frankreich sein wirtschaftliches Ziel nicht erreichen. Eines aber hat es schon erreicht: härter und einmütiger ist die Geschlossenheit der Bevölkerung an Ruhr und Rhein als je zuvor. Waffenlos hat Deutschland seine harte Wehr im Willen des freien Mannes, der dem Rechte gehorcht, sich der Gewalt aber mit verächtlichen Armen entzieht. (Beifolgtes Sehr gut!) Und würden die Franzosen noch lange im Ruhrgebiet stehen und fremde Arbeiterkolonnen bringen — der Fluß der Unruhe würde sie verfolgen. Das Land der reichsten industriellen Schöpfung, der angespanntesten Tätigkeit würde ihnen weniger bringen als die Kosten ihres Aufenthaltes. Das Land, aus dem freier Wille des Arbeiters täglich neuebeure Leistungen nach Frankreich strömen ließ, würde Frankreichs Kraft zehren Tag um Tag. Das ist der passive Widerstand, den Frankreich uns zur Schuld anrednet, den es zu brechen versucht und den es doch solange nicht brechen kann, als der Wille des deutschen Volkes dahinter steht.

Wir bekennen uns heute erneut zu diesem passiven Widerstand

als der Waffe der Gewaltlosigkeit und des Friedens im Kampfe gegen Unrecht und Gewalt. (Beifolgtes Beifall und Handklatzen.) Und wir werden nicht müde werden, diesen Widerstand weiterzuführen, bis das Ziel erreicht ist, das wir uns von Anfang an gesetzt haben: Kein Ziel des Diktates oder der Beherrschung, wohl aber das Ziel einer freien, vernünftigen, ehrlichen, einen wahrhaften Frieden sicherstellenden Verständigung. Wohl stellt es die französische Propaganda so hin, als habe die deutsche Regierung mit List und Betrug die Bevölkerung zu diesem passiven Widerstand verführt, als sei er dem Volke fremd und nur die Waffe einer im Dienst des Kapitalismus stehenden Regierung. Wie unrichtig das ist, weiß jeder, der Deutschland kennt. Wer könnte daran glauben, daß ein solcher Widerstand, der Tag um Tag Hunderte von Opfern der fremden Willkür und Gewalttätigkeit preisgibt, daß ein solcher Kampf geführt werden könnte unter dem Zwange einer Regierung, die in jenem Gebiet nicht einen Soldaten stehen hat, deren Volksmacht dort entwaffnet und ausgetrieben ist, deren Verbindung aufs äußerste erschwert und gehemmt

ist! Wäre das nur ein von der Regierung befohlener Widerstand oder nur ein Widerstand zum Nutzen einer bestimmten Klasse, so wäre er längst zusammengebrochen. Nein, dieser Widerstand stammt aus den Tiefen, die tiefer sind als die untersten Stöße der Kohlenbergwerke dort, er stammt aus dem Willen des Volkes, um was es geht, aus seiner Treue zur Heimat, aus seinem Willen, alles an die Verteidigung zu setzen. Darum mußte dieser Widerstand nicht erst befohlen werden, er war da, er ist da und wird da sein bis zum Tage der Befreiung vom Zwange des Gegners. (Beifolgtes Beifall.) Beamte und Bürger, Arbeiter und Unternehmer, Eisenbahner und Polizeimänner, sie alle, bis zu dem kleinen Geschäftsmann, der auch der drohenden Gebärde der fremden Besatzung bis zum körperlichen Zwange seine Waren verweigert, sie alle sind eins. Und dieser

Widerstand ist nicht auf das Gebiet an der Ruhr beschränkt geblieben;

Überall, wo Frankreich das Recht brach, erstand er. Drei lange Jahre hat das Rheinland und haben die Rhein gelegener besetzten Gebiete die Anordnungen der Rheinlandkommission ertragen und vollzogen, solange es nur irgend möglich schien, sie mit dem Vertrag von Versailles in Einklang zu bringen. Als die Anordnungen aber deutlich diesen Boden verließen, als die französische und belgische Regierung einfach diktierte und die Verordnungen offenkundig nur mehr Verkünder französisch-belgischer Willkür wurden, wurden

Ruhr und Rhein eins im Kampf.

Wie wissen, auch dieser Kampf hat seine Opfer an Leben und Leiden. In heißen Dank drücken wir den Kämpfern die Hand, denken wir der tapferen Männer, deren Ehre eine ausländische Gefangenenshaft nicht erniedrigt, sondern erhöht, denken ihrer Frauen und Kinder und fühlen uns eins mit ihnen, nicht im auswählenden Gefühl allein, das wertlos ist, wenn sich nicht die Tat damit verbindet, sondern in der Verpflichtung unverbrüchlicher wirksamer Gemeinschaft. In Politik und Wirtschaft haben wir alles auf diesen Kampf und diese Gemeinschaft einzustellen. Die Arbeit der Regierung kannte und kennt kein anderes Ziel. Wohl ist es traurig, so manche Arbeit organischer Entwicklung zurückstellen zu müssen, traurig von der allmählichen Gefundung unserer Finanzen wieder wegzukommen; aber nun ist

alle Kraft des Staates der Selbstbehaltung zuzuwenden,

der Verteidigung seines Bestandes, der an der Ruhr und am Rhein geführt wird.

Die rücksichtslose Durchführung der Rotterordnung des Reichspräsidenten bietet die Gewähr, daß denen, die sich zu dem an sich so unbedeutenden Handwerk der Spionage hergeben, die Lust daran vergehen wird. Und die Entschlossenheit der Regierung bürgt dafür, daß Unruhen, von welcher Seite sie kommen mögen, uns auf dem Wege finden. Wirtschaftlich muß alles geschehen, um den Kämpfern im besetzten Gebiet

Nahrung und Löhnung zu sichern

und sie auch da, wo Arbeitslosigkeit einzusetzen beginnt, nicht unerschütterter Not anheimfallen zu lassen. Auch sind die Formen dieser Wirtschaftsführung nicht in allem befriedigend; aber im Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft, von Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden wir diese Schwierigkeiten überwinden. An Kohle, Rohstoffen und Aufträgen fehlt es vorerst nicht zum Fortgang der Wirtschaft im unbesetzten Gebiet, wiewohl der Kampf schon in die achte Woche geht und das einseitige Wirtschaftsgebiet durch die rechtswidrige Zoll-Linie am Rhein zerrissen ist. Dem Verfall der Mark ist mit verschiedenen Maßnahmen erfolgreich entgegengetreten worden und wenn die Stützung der Mark neben Schiebern und Spekulanten auch manchen in ehrlichem Ringen stehenden Schuldlosen schädigen mochte, so war und ist ihre Berechtigung doch unzweifelhaft darin gelegen, daß es galt, die Zahlungskraft der Mark und damit auch die internationale Kauf- und Schuldentilgungskraft Deutschlands nicht ins Bodenlose sinken zu lassen; neuen Preissteigerungen mit allen ihren schweren Folgen und neuer Entwertung der Sparvermögen der öffentlichen Kassen und Stiftungen sowohl wie der privaten entgegenzuwirken. Trotz der großen Schwierigkeiten, die unüberwindlich aus der nichtverschuldeten ungeheuerlichen Steigerung der Geldschöpfung kommt, werden wir in den Bestrebungen fortzuehen, endlich einen

festen Halt für unsere Währung

zu finden. Wirken wir so von der Währungsseite den Preissteigerungen entgegen, so soll gleichzeitig eine volkswirtschaftliche Gesetzgebung, privaten Bereicherungsabsichten aber schonungslos entgegengetretende Bucherbekämpfung von der anderen Seite her unserem gepöppelten Volke Schutz gegen Ausbeutung und Ver-

Snob-Kultur.

Von Josef Maria Frank.

Jegends im Westen, in den Kreisen der Vornehmen — vornehm deckt sich natürlich mit reich — hatte man sich entschlossen, auch einmal etwas für die notleidenden Dichter zu tun. Man hatte ja aus Presseberichten und Plakaten, Aufsätzen und Versammlungen davon erfahren; man war gewissermaßen im Bilde.

Jegendeiner hatte einmal bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung — so ganz nebenbei zwischen Sekt und Nachtisch — erwähnt, daß es erstaunlicherweise sehr viele Dichter gäbe, denen es sehr, sehr schlecht gehe. Ja, es gäbe da sogar Leute, die — hm, hungerten, also sozusagen hungerten, also sozusagen nichts zu essen hätten und auch keine Aussicht beständen, in absehbarer Zeit ihre Lage zu verbessern.

Im Verlaufe einer daran geknüpften Unterhaltung stellte man dann einmütig fest, daß diese Notlage ein passender Grund zu einer gesellschaftlichen Veranstaltung sei. Also beschloß man noch an diesem Abend eine Wohltätigkeitsgesellschaft zur Linderung der besagten Not — natürlich in vornehmer Aufmachung und etwas großartig. Der Reichste unter ihnen, ein Großkaufmann, gab seine Wohnung dazu her, und alles wurde abgemacht.

Man war sehr zufrieden, daß bald wieder einmal etwas „soz.“ würde und beschloß schon die Toiletten und das vorausschickliche Programm des Abends. Natürlich sollte alles, wie schon gesagt, vornehm und großartig sein, kurzum „Kultur“ in letzter Vollendung, um der geistigen Kultur damit zu dienen.

Übrigens beschloß man auch — der Sache selbst halber und als erhöhten Anziehungspunkt — eine Anzahl der erwähnten notleidenden Dichter einzuladen. Man sammelte bei Orientierten Adressen und verhandelte dann die Einladungen an die notleidenden Dichter — natürlich auf Bitten gedruckt und mit unverständlichen Buchstabenstücken versehen, sowie dem Berner „Gesellschaftsanwalt“ unten links.

Alles verlief programmäßig außer einem: von den eingeladenen notleidenden Dichtern hatten außer dreien alle abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß sie nicht im Besitze von Gesellschaftsanwalt seien. Sie hatten diese gegen unerhebliche Lebensmittel im Laufe der Zeit eintauschen müssen, um nicht verhungern zu müssen. Diese Willkür hatte nun dem Einladungsausschuß sehr viele Kopf-schmerzen bereitet; zum Schluß kam man aber überein, daß man von der Bekleidungsverwaltung nicht abgeben und auf den Gesellschaftsanwalt verzichten könne; denn, sagten sich die feinsinnigsten, erschlafften Veranstalter, ein Verzicht darauf würde die Kultur und den vornehmen Charakter, wie die Großartigkeit des Abends so sehr in Frage stellen, daß man sich schon mit den Ablehnungen einverstanden erklären müsse und an Stelle der Ablehnenden schnell noch einige Herren aus besseren Künstlerkreisen einladen müsse.

Der Gesellschaftsanwalt zur Linderung notleidender Dichter verließ also außer diesem einen Umstande programmäßig. Die vor-

nehmen Veranstalter des Abends schützten förmlich ihre Kultur, die sie gegenseitig bewunderten und priesen. Und aus diesem Grunde brachten sie am Schluß des Abends auch einen Trinkspruch, oder wie sie es nannten, einen Toast auf den hohen Stand ihrer hoch entwickelten Kultur aus und ließen mit vollgefüllten Sektgläsern die notleidenden Dichter, die dem Abend leider nicht beizuwohnen konnten, dreimal leben.

Weiter hat man von diesem Abend nichts erfahren. Aber er war der Unterstützung notleidender Dichter gewidmet und das war doch schon etwas, wenn er auch weiter keinen zweckentsprechenden Erfolg hatte. Oder — sollte es am Ende damit gar nicht so ernst gemeint gewesen sein...? Hm! Na, die Hauptfrage war für die Veranstalter, wieder einmal bewiesen zu haben, daß sie Kultur besitzen. Und sie haben Kultur und sind stolz auf ihre Kultur und würden sich ihre Kultur niemals durch einen gewendeten Anzug beeinträchtigen lassen, selbst wenn in diesem gewendeten Anzuge ein wahrhaftiger Dichter leidet. O, sie haben Kultur...!

Die „wiedererstandenen Pharaonen“. Die Ausgrabungen in Luxor haben jenseits des Ozeans recht bemerkenswerte Rückwirkungen geübt, die die amerikanische Gesellschaft aus den Sensationen gar nicht mehr herauskommen lassen. Vor kurzem erst hatte Frau Rac Cormick, die Tochter Rockefeller, der stannenden Welt verkündet, daß sie in einem vorangegangenen Leben die erste Gattin des Königs Tut-anth-Amen, dessen Mumie jetzt gefunden wurde, gewesen sei. Die Dame hat jetzt die notwendige Ergänzung in einem zurzeit in Monte Carlo weilenden Amerikaner namens Gibson gefunden, der zu den bekanntesten Erscheinungen der amerikanischen Gesellschaft gehört. Mr. Gibson hat Frau Rac Cormicks Erklärung bestätigt und sich selbst als König Tut-anth-Amen zu erkennen gegeben. Die Dame kann noch von Glück sagen, daß Mr. Gibson distinkt genug ist, um über sein eheliches Leben im alten Ägypten keine intimen Einzelheiten bekanntzugeben. „Ich erinnere mich, als wenn es gestern gewesen wäre.“ So erklärte Mr. Gibson nach den Mitteilungen amerikanischer Blätter, „des Tages, an dem ich mit ihr, die damals noch nicht 16 Jahre zählte, verheiratet wurde. Nur in einem Punkt läßt sie ihr Gedächtnis im Stich; denn wir haben nicht, wie sie versichert, nur zwei Jahre, sondern volle fünf Jahre zusammengelebt. Niemand wollte sie auf einem anderen Sessel Platz nehmen als auf dem, der mirlich aus meinem Grab zu Tage gefördert wurde, und dessen Anblick Frau Rac Cormick das Bild ihres früheren Lebens klar vor Augen zauberte.“

Ob diese „wiedererstandenen Pharaonen“ wohl selbst an diesen Widdian glauben, mit dem sie sich interessante Ähnlichkeiten zu schaffen suchen?

Zeppellspott zwischen Spanien und Argentinien. In Spanien ist man zurzeit wiederholt damit beschäftigt, die Vorbereitungen für die Gründung einer Zeppelllinie, die den Verkehr zwischen Spanien und Argentinien vermitteln soll, zu beenden. Die Abgangstation wird Sevilla sein, wo drei große Hallen zur Aufnahme der im Bau befindlichen großen Zeppeline errichtet werden. Eine Zwischenstation wird auf den Kanarischen Inseln errichtet, und in Buenos Aires, der Ankunftsstation, werden zurzeit ebenfalls drei Hallen

von je 300 Meter Länge gebaut. Die vier Zeppeline, die für die Linie in Dienst gestellt werden sollen, erhalten jeder eine Länge von 250 Meter mit einem Fassungsvermögen von 135 000 Kubikmetern. Jedes Luftschiff wird mit neun Motoren von je 400 Pferdekraften montiert und ist für die Beförderung von 40 Passagieren außer der Mannschaft und der Last der Postkisten eingerichtet. Die Luftschiffe sollen eine Stundengeschwindigkeit von mindestens 100 Kilometer erhalten. Der Fahrplan sieht eine Reise in beiden Richtungen für jede Woche vor, deren Dauer auf etwa vier Tage berechnet ist. Der Passagierpreis für jede Reise ist auf 4000 Pesetas festgelegt und als Porto für die durch Luftschiff beförderten Briefe werden 2 Pesetas für je 30 Gramm Gewicht erhoben.

Die Kolonisierung Palästinas. Der eben von Palästina nach Europa zurückgekehrte Zionistenführer Dr. Weizmann gibt Einzelheiten über die Kolonisation Palästinas während der letzten zwei Jahre. Es sind in diesem Zeitraum 25 000 Menschen eingewandert, der größte Teil von ihnen aus Rumänien und aus den russischen Randstaaten, in der allerletzten Zeit auch viele aus Persien und Marokko. Auffallend ist, daß 40 Proz. dieser Einwanderer keine mit akademischer Bildung sind; sie alle wollen nur körperliche Arbeit leisten, als Handwerker oder als Bauern. In diesen zwei Jahren sind 1000 Häuser errichtet, eine Million Bäume gepflanzt, 80 (englische) Meilen Chaussees und Wege und zwei kleine Bahnen gebaut worden. Man hat vier Siedlungen geschaffen und vier erdlose Fabriken angelegt: eine (Rehl) Mühle, eine Zigaretten-, eine Desinfektions- und eine Zementfabrik. Dr. Weizmann meint, daß der Boden Palästinas keineswegs unfruchtbar, sondern nur viele Jahrhunderte hindurch vollkommen vernachlässigt worden sei, er eigne sich bei richtiger Kultur aber ausgezeichnet für Kornbau, ferner für Baumfrüchte wie Orangen, und sei ebenso geeignet zur Aufzucht von Rindvieh und Geflügel.

Die Staatsoper bringt als nächste Neuaufführung Nicolais „Cavalleria Reiter von Windsor“ am Donnerstag, den 15. In dem Sinfonie-Konzert am Freitag, den 9. werden die Es-Dur-Sinfonie von Wagner, Sinfonie Pastorale von Beethoven und die E-Moll-Ouverture zur Aufführung kommen. Dirigent: Hermann Abendroth.

Das Moskauer Kammertheater eröffnet sein Berliner Gastspiel am 7. April im Deutschen Theater. Dem Ensemble gehören 50 Singsänger an. Der Spielplan umfaßt folgende Stücke: „Prinzessin Brambilla“ (nach G. H. Hoffmann), „Die Waise“, „Sofone“, „Die Waise“, „Die Waise“, „Die Waise“, „Die Waise“ und „Die Waise“.

Das Orientalische Theater wird darauf hingewiesen, daß gute Penultima im Chinesischen und Japanischen ähnliche Ausstellungen für eine Zeitlang im Handel des Kaufmanns unter dem Namen Penultima für eine solche in Handel und Industrie in Ostasien bieten.

Die deutschen Künstler in New York. Die Deutsche Operngesellschaft (Lortzing-Verein), die ihr amerikanisches Gastspiel in Baltimore, Philadelphia begann, hat in New York einen solchen Erfolg erlangt, daß die Vorstellungen um zwei Wochen verlängert werden mußten.

Der Tod in Sibirien. Wie aus Sibirien gemeldet wird, sind zahlreiche sibirische Eingeborenenstämme, wie die Chukotken, Djuguten, Koryaken und andere infolge unerbittlicher Ausbreitung von Quantenruhr, Typhus, Malaria, Tuberkulose, Pocken und dergl. von einem Wasserstoff zu bedroht. Es fehlt völlig an ärztlicher und sanitärer Hilfe. So hat die Zivilisation den Urmännern wohl ihre Krankheiten, aber nicht ihre Heilmittel gebracht.

frauen zum Staats geben. (Erneuter Beifall.) Die Möglichkeit einer wertvolleren Vermögensanlage soll dem Sparen wieder zu einem wirtschaftsvernünftigen Sinn verhelfen, alten Mittelstand, wo er in der Grausamkeit dieser Zeit noch nicht unterging, erhalten und wieder festigen, den Aufstieg neuer wertvoller geistiger Kräfte ermöglichen und damit auch dem Staate dienen. (Zustimmung.) Von dieser Stelle richte ich an alle Besitzenden die erste Aufforderung, sich der

Zerschlagung der Goldanleihe

nicht zu entziehen. (Beifall.) Denn gerade in diesen Zeiten der äußersten äußeren Bedrängnis wollen wir dem Staate dienen, ihn mit aller Kraft festigen und stärken. Im Unglück erst empfinden wir alle, was wir an ihm haben. Ist es nicht, als ob gerade in diesen Zeiten, in denen die Feinde ihn erniedrigen wollen, der Staat im deutschen Volke sich zu neuer Achtung erhebe und neue Kraft ausströme? (Sehr richtig!) Im bedrohten Gebiet haben Männer und Frauen aller Parteien sich längst die Hände gereicht. Am gemeinsamen Abwehrkampf haben sie sich achten und schätzen gelernt. Ihre Gedanken und Gefühle, nach Ursprung und Lebensgang weit verschieden, münden im Vaterländischen und Staatlichen, in das eine große Ziel, ein. (Beifall.) Ist es ein vernünftiges Hoffen, daß dieser Geist von den Grenzmarken her auch im Binnenlande stark und stärker werde? Oder ist es nicht doch bereits so, daß Parteien immer mehr zum Werkzeug werden und immer fester sich überrollen

der Staatsgedanke als das Gemeinsame

durchsetzt? (Sehr richtig!) Ich bin gewiß, die Geschichte wird Parteien und Männer dieser Zeit erst danach werten, wieviel sie für die Erhaltung der Einheit unseres Volkes gewirkt haben, und ich hoffe, daß wir alle und unsere ganze Zeit dann vor der Geschichte bestehen können. (Beifall.) Denn wirklich, keine Zeit steht uns wichtiger vor dem Andersdenkenden in mehr als eben diese Zeit. Männer und Frauen aller Parteien zeigt sie im gleichen Kampfe für den gleichen Staat, die deutsche Republik (Beifall), tätig und lebend. In einer großen Gemeinschaft stehen Männer und Stände, die in anderer Auffassung groß geworden sind, stehen die Arbeiter im Ruhrgebiet und am Rhein, die dort in vorderster Reihe kämpfen, die Männer ohne Ar und Halm, mit keinem anderen Befehl als ihrer Arbeitstrait und ihrem Willen zu Entwicklung und Aufstieg. (Sehr richtig!) Treu der Heimat sie alle, verteidigen sie dieses Reich, nicht mit der Kraft ihrer Hände allein, sondern auch mit der ganzen Wärme des Herzens als dem Staat, der ihr Staat ist, im Aufstieg wie im Niedergang. (Beifall.) Um diesen Staat geht es jetzt, um nichts anderes.

Kohle und Holz, Geld und Gut konnte Frankreich von uns im Frieden haben bis zur Grenze unserer Leistungen, kann es heute haben nach ehrlicher, freier Verständigung.

Darum geht der Kampf nicht. Auch höchster Kunst im Ordnen und Korrigieren der Tatsachen wird es nicht gelingen, eine neue Schuldfrage in Ansehen zu bringen, als ob Deutschland es gewesen wäre, das Verhandlungen unmöglich gehabt hätte. Denn keine deutsche Regierung hat die aus dem Versailles Diktat folgenden Reparationsanforderungen grundtätig abgelehnt, und keine deutsche Regierung hat nicht das Ihre getan, um die Leistungsaufgaben im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. (Sehr richtig!) Soetlich erschöpft und zerissen, wirtschaftlich geschwächt, hat Deutschland vom Wasserstillstand an ungeheure Werte aus seiner Wirtschaft an die Gläubiger des Vertrages gegeben. Vom 11. November 1918 bis zum 30. September 1922 hat es Reichs- und Staatsvermögen in den abgetretenen Gebieten im Werte von 5,6 Goldmillarden, die Saargruben im Werte von einer Goldmilliarde übergeben, militärische Rücklagsgüter von 4,2 Milliarden übergeben, See- und Binnenschiffe im Werte von 6 Milliarden, Kohle und Holz von 2,3 Milliarden; hat deutsches Eigentum im Ausland blutenden Herzen aufgeben müssen im Werte von 11,7 Milliarden, hat die Forderungen an seine ehemaligen Kriegsverbündeten abgetreten und so eine Gesamtleistung von 45,6 Milliarden Goldmark erreicht. (Große allgemeine Bewegung.) Gleichzeitig wurde die Abrüstung durchgeführt, die Kriegsindustrie ihrer Ausrüstung entblößt. Die deutschen Leistungen und die staatlichen Verluste machen so

bis zum 30. September 1922 den Betrag von 56,5 Goldmillarden aus, eine Summe, die beim heutigen Dollarstand dem unausdenkbaren Betrag von 285 Billionen Papiermark entspricht. Wer in der Welt kennt diese Ziffern? Die Staatsmänner der Alliierten kennen sie wohl, die Völker aber kennen sie immer noch nicht. Diese ungeheuren Leistungen sind nicht aus einer blühenden Volkswirtschaft bewirkt worden, wie sie im Jahre 1913 bestand, sondern aus der verkappten Wirtschaft des Jahres 1918, die selbst schon durch die Kosten der Kriegführung und die Verringerung und die mangelnde Erneuerung der Produktionssubstanzen schweren Schaden erlitten hatte. So ist es mehr als eine bloße Schöpfung, daß das deutsche Volkvermögen durch den Krieg und seine bisherigen Folgen ungefähr auf die Hälfte verringert wurde. Die Welt will das nicht hören, und doch ist es so. Gerade zur Mitarbeit beim Wiederaufbau war Deutschland bereit. Frankreich hat es nicht gewollt. Aber immer noch, sagt man, sei es zu wenig, was Deutschland geleistet hat im Verhältnis zur Wüste seiner eigenen Wirtschaft. Auch Männer im Ausland, die in der Wirtschaft ihres eigenen Landes gut Bescheid wissen, sprechen immer noch von den Riesengewinnen der deutschen Industrie. Auch heute wieder liegt hier eine französische Kundgebung vor, in der versucht wird, unsere Opfer an Leistungen zu verringern, in dem wieder die alten französischen Rechenexempel vorgeführt werden. Hierzu erkläre ich, daß die Leistungen unserer Leistungen nicht dadurch aus der Welt geschafft werden, daß die Franzosen nur einen Teil dieser Leistungen anrechnen. Im übrigen sind die Opfer, die Deutschland bringt, auf jeden Fall noch etwas anderes als die Opfer, die Frankreich für den eigenen Wiederaufbau bringt.

Die deutschen Opfer gehen endgültig unserer Wirtschaft verloren und kommen der Wirtschaft unserer früheren Kriegsgegner zugute. Die Opfer, die Frankreich bringt, bleiben im Lande und dienen der eigenen Wirtschaft. Insofern, sowohl nicht die Klagen berechtigt sind, die in Frankreich selbst über die Vergütung bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erhoben werden.

Ich will die heutige Erörterung nicht mit Einzelheiten belasten. In Wirklichkeit ist die Vergütung der Industrie trotz der das oberflächliche Urteil täuschenden hohen Renumerationsziffern, selbst wenn man keinerlei Erhöhungen des Aktienkapitals als zu neuem Dividendenbezug berechtigt anerkennt, auf einen kleinen Bruchteil eines einzigen Prozents in Gold gesunken. Noch ist in der Hochluft des Papiermarkumlaufs und in der landläufigen Gleichsetzung der Papiermark mit der Goldmark, diese Verormung unserer Wirtschaft, noch kaum im Inland, noch weniger im Ausland bekannt, noch täuscht die

Einzehrung der Substanz

die Gewinne vor, wo in Wirklichkeit Verluste vorliegen. Eben deswegen müssen wir so großen Wert darauf legen, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht einfach nach den Wünschen des Gläubigers bemessen, sondern von künftigen Sachverhältnissen abgemessen und gemessen wird. Bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit, die sich hierbei ergibt, hat auch die gegenwärtige Regierung bei der Übernahme der Geschichte wie selber immer wiederholt, den Reparationsaufgaben entsprechen zu wollen erklärt. Als ich das brüden Jahre mit dem Herrn Reichspräsidenten angebotene Amt übernahm, war es vor allem deshalb, um nach den Methoden des ehrlichen Kaufmanns und Wirtschaftlers in offener, lauter Verhandlung und Feststellung von Mann zu Mann die Summe unserer Verpflichtungen auf ein beides Teilen erteilliches und für Deutschland erfüllbares Maß festzusetzen. Die Verhältnisse, die wir für die Konferenz in London machten, sollten uns diesem Ziele näher bringen. Wir haben für Paris dann neue Vorschläge ausgearbeitet und haben die Mächte in aller Form gebeten, diese Vorschläge von uns schriftlich entgegenzunehmen und sie uns gründlich erläutern zu lassen, Vorschläge, bei deren An-

nahme der französische Front heute anders stünde als er zufolge des Ruhrbruchs steht. Hinter diesem Vorschlag stand die Kraft der deutschen Wirtschaft als Sicherheit.

Unberechtigt war und ist die Befürchtung, daß sich die Wirtschaft der Zahlungspflicht entschlagen wollte und würde.

Bei Staat und Wirtschaft bestand der Wille, dieser Sicherheit auch die gebotene feste Form zu geben. Wir haben ferner Verhandlungen angeboten, um die Zusammenarbeit der deutschen Wirtschaft mit der französischen Wirtschaft und ihre gegenseitige Stärkung zu begründen und die beiden Systeme in ein engeres, der Weltwirtschaft dienendes friedliches Verhältnis zueinander zu bringen. All das wurde nicht gehört. (Hört, hört!) Im französischen Selbstbuch wird das damit begründet, daß es sich nur um eine Demarche zur Einleitung eines Besuches gehandelt habe; gewiß, aber eines Besuches, der schriftlichen Vorschlägen folgen und sie begründen sollte, Vorschlägen im Sinne eines genau ausgearbeiteten Planes. Würden wir nicht zugelassen, so ist heute der Grund ganz offenkundig:

die Ruhrbesetzung war schon vorher beschlossene Tatsache.

(Beifall.) Das französische Selbstbuch und das englische Selbstbuch zeigen klar, daß kein deutscher Vorschlag imstande gewesen wäre, Herrn Poincaré von dem Einmarsch zurückzuhalten. (Sehr richtig!) Einer der alliierten Staatsmänner hat den Streitpunkt sehr richtig auf die Formel gebracht: ob man Maßnahmen ergreifen wollte, die eine Wiederherstellung des deutschen Kreditvermögens ermöglichen oder die sie verhindern sollten. Frankreich hat den letzten Weg gewählt. Da wir wußten, daß in Frankreich stärker als in einem anderen Lande die Politik die Erwägungen der Wirtschaft überwiegt, taten wir ein Bestes, um auch politisch jeden Verzicht, als wollten wir Frankreich am Rhein bedrohen, für eine längere Zukunft — für die gegenwärtige Zeit wird auch der blindeste Fanatismus nicht an eine Bedrohung Frankreichs durch Deutschland glauben. (Sehr richtig!) — durch die

Bindungen der Demokratie und des Völkerrechts

auszuräumen. Es wurde abgewiesen, obgleich wir zu Forderungen und Ergänzungen bereit waren. (Hört, hört!) All diese Angebote waren schwer, bitter schwer für den, dem Geschichte zu gestalten kein bloßes Spiel der Geschicklichkeit und der Anpassung, sondern eine ernste Aufgabe der Durchsetzung sittlicher Rechts- und Grundzüge ist, bitter schwer für den, dem das Diktat von Versailles nicht der gerechte Friede ist, der uns versprochen wurde. Dennoch — wir haben all unser Bemühen und unsere besten, ehrlichen Willen an diese Ansoete verwendet. (Sehr richtig!) Daß Frankreich sie ablehnte, ändert nichts an der Richtigkeit dieser Politik. (Zustimmung.) Sie war notwendig und richtig, um unser Volk im Bewußtsein eines reinen Gewissens und eines unvermeidbaren Geschicks zu fester Einheit zusammenzuführen und die Gerechtigkeitsfrage unserer Sache vor der Welt zu erweisen. Wir wollten ehrlichen Herzens die Reparationen, wollten aufrichtig den Weg der Arbeit zur endgültigen vollen Freiheit gehen, wollten die Verständigung der Völker statt ihres Hofes.

Wie wollen es noch.

(Beifall.) Was will Frankreich? Vor sieben Wochen sagte ich hier, daß es sich im Rahmen der französischen Aktion, der wir gegenüberstehen, nicht um Reparationen handelt, sondern um jenes alte Ziel, das seit mehr als 400 Jahren der französischen Politik eigen ist: die Zerstörung Deutschlands. Erneut erinnere ich an die geheime Denkschrift Dorkes, die ganz unverhohlen das Ziel der Aufteilung Deutschlands aufzeigt. (Sehr richtig!) erinnere daran, wie man zunächst das Rheinland von Deutschland abtrennen will. Will Frankreich auf diesem Wege weitergehen, so mag es daran denken, daß Europa der Welt über die Grundlage des einen Volkstums hinaus Länder und Völker eigenen tiefbegründeten Lebensrechtes umsonst, in der Geschichte mehr als einmal wieder zu Fall gekommen ist, nach furchtbaren Erschütterungen der europäischen, aber auch der französischen Volkskraft. (Sehr richtig!) Frankreich mag alle Kraft anstrengen, Deutschland zu erschüttern. Gelänge es ihm — aus tiefster Seele sind wir überzeugt, daß es ihm nicht gelingen kann. (Lebhafte Zustimmung) — so würde das

nicht Glück und Frieden für Frankreich, sondern Anseh und Friedlosigkeit für Europa

bedeuten. (Beifall.) Sehr richtig! Das ist die Frage, vor der Europa heute steht. Wir wollen und wollen die Verständigung der Völker. Das ist so offenkundig, daß es keiner Geschichtsklitterung gelingen wird, Deutschland die Verantwortung an allen diesen Rechtsbrüchen zuzuschreiben. (Sehr richtig!)

Nicht deswegen ist Frankreich ins Ruhrgebiet einmarschiert, weil wir nicht verhandeln wollten und weil es eines Druckes auf uns bedurfte hätte, uns dazu zu bringen, sondern deshalb allein, weil Frankreich nicht verhandeln wollte. (Sehr richtig!) und die Hand Deutschlands mehr als einmal ausstreckt — einmal allein in der 3½ Monate unipannenden bisherigen Arbeitszeit dieses Kabinetts. Ich erinnere

1. an die Verständigung der Industrien,
2. an den Londoner Vorschlag,
3. an den Pariser Vorschlag und
4. an den Rheinlandpakt.

Das ist ja gerade der Kernpunkt des gegenwärtigen Konflikts; wir wollten Regelung der Reparationsfrage — in unserem Interesse ebenso wie im Interesse der ganzen Welt — Frankreich wollte das Diktat der Gewalt. Nicht darum geht der Kampf, ob Deutschland sich verständigen will, sondern darum allein, ob Frankreich endlich den ehrlichen Willen Deutschlands zu einer freien Verständigung unter gleichberechtigten Gegnern und auf wirtschaftlich näherliegenden Grundlagen anerkennt, oder ob es weiter auf seiner Politik der Diktate, der Ultimaten, der Sanktionen, der Kapitulation besteht. Darum fort mit dem Grebe über Verhandlungen (Beifall), mit den Mahnungen zur Verständigung, die nicht an die deutsche, sondern an die französische Adresse zu richten wären. (Lebhafte Zustimmung.) Angebote zu machen ist nicht an uns und ist auch zahlenmäßig unmöglich, solange wir täglich mit Wertverminderungen im Ruhrgebiet rechnen müssen, die uns jede Klarheit über unsere Leistungsfähigkeit nehmen. Ob genug sind wir enttäuscht worden! (Sehr richtig!) Wenn uns ein Weg geöffnet wird, der frei von äußerem Druck uns gleichberechtigt in offener Aussprache zu Recht und Vernunft zurückführt, so wird die Regierung ihn gehen. Dabei wird sie keine Unterhelft leisten, deren Erfüllung unmöglich ist (Beifall.) und seiner Regelung zustimmen, die das Rheinland, das Ruhrgebiet oder andere widerrechtlich besetzten Gebiete im Stiche läßt oder den von Gewalttaten betroffenen Deutschen nicht den Weg zur Freiheit und zur Heimat freigibt. (Erneuter Beifall.) Will Frankreich die Kapitulation, so legt Deutschland den unerklärlichen Willen entgegen, nicht zu kapitulieren. Will Frankreich die Vernichtung Deutschlands, so will Deutschland leben; das ist sein Recht und seine Pflicht, dem eigenen Volke wie der Welt gegenüber.

Was aber sagt die Welt dazu?

Was jene Mächte, deren Namen unter dem Vertrag von Versailles stehen und die damit ihren Namen und doch wohl mehr als ihren Namen für die Aufrechterhaltung des Vertrages verpfändeten und an der Entlohnung teilnahmen? Sie schwiegen. Schwiegen sie, weil sie nicht wußten, was an Gewalttaten geschieht? Die Berichte unparteiischer Gewährsmänner aus dem Ruhrgebiet bezeugen deutlich genug, was sich dort. Genüben die hundert Beurteilungen aufrichtiger Männer nicht, die tausendfachen Ausweisungen von Männern und Frauen, von Weibern und Säuglingen aus ihrer Heimat, die Tötungen, die vorkommen? Sind es noch zu wenige, müssen die Leibesopfer der Gewalttaten erst noch in die Hunderte und Tausende anwachsen? Oder ist der Gedanke des Rechts so ganz gestorben?

Ich appelliere nicht, auch heute nicht; ich klage nicht an, wo das Schicksal eines ganzen Volkes und die Bedrohung eines Erdteils klagen erhebt; ich stelle nur fest, daß wir nach lebenswichtigen Kampfe um das Recht unseres Volkes und das Recht der Völker auch heute noch allein stehen.

Zu Beginn dieser Aktion habe ich darauf hingewiesen, daß mehr als jemals über den Geschicken der Völker und Nationen harte Interessenfragen walten und der eigene Ruhen stärker als sonst die Politik des einzelnen Volkes bestimmt. Aber verlangt nicht gerade der eigene Ruhen jedes einzelnen Volkes, daß dieser Kampf aushört? Durch die Ruhraktion wird die Rückkehr zum wahren Frieden gestört und der baldige Wiederaufbau der zerstörten Weltwirtschaft verhindert, an dem Deutschland mit aller Kraft mitzuarbeiten willens ist. Müßen nicht auch abgesehen hiervon alle Völker, eingedenk der Wandlungsfähigkeit der Zeiten das zum wenigsten wünschen, daß Lebensrecht und Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes gewahrt werden? Und wenn das so ist, ist es dann nicht Deutschland, das jetzt nicht seine Sache allein, sondern die Sache der Welt, des Fortschritts und des Friedens führt. Gleichwohl überall Schweigen! Das ist erschütternd für den, der an den Fortschritt im Leben der Völker und an den friedlichen Sieg des Rechts glauben möchte. Veräumen diejenigen, die heute die Macht auf der Erde haben, nicht eben jetzt eine Stunde, die eine große Stunde werden könnte, zur Ausrottung des Hoffes, des Kampfes und der Gewalt? Wir stehen allein.

Um so stärker geht mein Appell an das eigene Volk, nicht zu leichtem Optimismus, sondern dazu, den Kampf so ernst und schwer zu nehmen, wie er ist, zusammen zu stehen in Tapferkeit und Disziplin, Eintracht zu wahren und zu fördern, jeglicher Ueberhebung in großsprecherischen Worten und Gebärden zu entsagen, die Ruf des Nächsten zu bedenken und zu lindern, sich freizumachen von den Fesseln des Eigennutzes und des Wohllebens, sich in der Seele stark zu machen, damit das deutsche Volk, ob allein, ob mit anderen, höher in gesammelter Kraft seinen Weg weitergehe. Einen Weg, den ihm nicht freie Wahl, sondern die Notwendigkeit der Tatsachen vorgeschrieben hat, den es nun aber mit ganzer Kraft sich in seinem Willen zu eigen gemacht hat. Wir werden den Weg gehen bis zum Ende, so schwer es sein mag. Würden wir eher die Kampfregeln lockern, so bräche der Feind in sie ein, und es wäre dahin mit der Selbstbestimmung der deutschen Republik, dahin mit der Einheit des Reiches, dahin mit der Freiheit des deutschen Volkes, dahin mit alledem, was an sozialem Recht entwickelt und entwicklungsfähig in Deutschlands Staat und Wirtschaft lebt. Wer das nicht will, muß weiter mit uns ausstehen bis zu dem Tage, wo man auf der anderen Seite einsieht, daß das waffenlose Deutschland nicht mit Waffen zu besiegen ist und bis die ehrliebe Vereinbarung gleichberechtigter Völker endlich an die Stelle des militärischen Diktats treten wird. Wann dieser Tag kommen wird, wissen wir nicht; aber daß er einmal kommen muß, daß wissen wir. Darin kämpfen und leiden wir in einem Kampfe, in dem Deutschland seine eigene Sache führt, die des Rechtes und der Menschlichkeit. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen im Saale und auf den Tribünen.)

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung auf heute, Mittwoch, 1 Uhr angelegt. Schluß nach 7 Uhr.

Für die heutige Debatte über die Ruhrfrage sind folgende Redner vorgesehen: Für die Sozialdemokraten Dr. David, für die Deutsche Volkspartei Dr. Stresemann, für das Zentrum vermutlich Marx, für die Deutschnationalen, falls er von seiner Reife ins Ruhrgebiet rechtzeitig zurückkehrt, Hergt, andernfalls Helfferich, für die Demokraten Dernburg, für die Bayerische Volkspartei Reichl.

Freie Wirtschaft — hohe Preise!

Beschlüsse des Reichslandbundes.

Der Ausschuss des Reichslandbundes hat erneut in seiner gestrigen Sitzung die freie Getreidewirtschaft gefordert und gegen die Umlagegetreidepreise auch nach ihrer letzten Erhöhung als zu niedrig protestiert. Dagegen begrüßt er die Erklärung, daß die freie Zuckerewirtschaft eingeführt werden soll, als einen Fortschritt! Sollte es anders sein, so würde die Welt sich allerdings wundern dürfen, denn die freie Zuckerewirtschaft, die wir schon einmal hatten, trieb die Preise ins Ungemessene, ließ billigen deutschen Zucker sich plötzlich in teuren Auslandszucker verwandeln und verschwand zudem in allen Schokoladenfabriken, Viskofabrikationen und ähnlichen gemeinnützigen Instituten. Diesen Zustand findet der Reichslandbund augenscheinlich für so ideal, daß er ihn möglichst bald wieder hergestellt sehen möchte.

In den Kreis solcher Gedanken gehört natürlich auch, daß der Reichslandbund die Beschlüsse des Ausschusses über die Bewertung des Grundbesitzes zur Vermögenssteuer und Zwangsanleihe für die Landwirtschaft fast unerträglich findet! —

Neue Ruhrdebatte im Unterhaus.

England wartet, bis Frankreich eintrifft...

London, 6. März. (WTA.) Heute nachmittag brachte im Unterhaus Ramsay MacDonald kurz nach 4 Uhr den Antrag der Arbeiterpartei ein, in dem das Haus ersucht wird, zunächst die Kammern Frankreichs und Belgiens aufzufordern, je einen Ausschuss aus allen Parteien zu ernennen und mit einem gleichen Ausschuss des Unterhauses wegen der Besetzung des Ruhrgebietes im Zusammenhang mit den Fragen der Sicherheit und der Wiederherstellung Informationen auszuhandeln und zu beraten. Ramsay MacDonald erklärte, Deutschland sei heute weniger imstande, Wiederherstellung zu leisten als zu der Zeit, als Frankreich ins Ruhrgebiet ging, um sie zu holen. Wenn man begnane, Tischen mit Bajonetten zu durchsuchen, so hohe man leicht Löcher in die Taschen, das Geld stele heraus und ginge verloren. England könne nur einen Erfolg haben, wenn es seinen Standpunkt darlege und zu ihm stehe. Der allererste Zug in dem Spiel müsse sein, Deutschland zu veranlassen, sich zu erklären. England sei in einer besseren Lage, dies tun zu können als irgendein anderes Land. Nach Ramsay MacDonald sprach Lord Robert Cecil und zwar gegen den Antrag der Arbeiterpartei.

Bonar Law erklärte in seiner Erwiderung auf die Ausführungen Ramsay MacDonalds, in der Politik der Regierung sei keine Änderung eingetreten. Wörtlich fuhr er fort: „Wir glauben in diesem Augenblick nicht, daß ein Eingreifen nützlich wäre, es würde von Frankreich als eine feindliche Handlung aufgefaßt werden. Wir sind nicht bereit, einen solchen Schritt zu unternehmen. Sodann wies er darauf hin, daß die Frage der Reparationen keine Frage sei, an der nur Frankreich und Belgien beteiligt seien, sondern eine europäische Frage, an der England interessiert sei und in der es einiges zu sagen habe. Die Besorgnisse, die der Einmarsch in das Ruhrgebiet im Unterhause hervorgerufen habe, würden von der Regierung geteilt. Die französischen Staatsmänner seien des Glaubens, daß der Druck auf Deutschland seine Wirkung äßen werde. Solange sie an diesem Glauben festhielten, wäre es nach der Auffassung der britischen Regierung nutzlos, eine Vermittlung anzubieten.“

Darauf wurde die Erörterung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Deutschbällisches Presseverbot. Oberpräsident Raske hat auf Grund des § 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik das Erscheinen der deutschbällischen Wochenchrift „Der Sturm“ auf die Dauer von zwei Monaten verboten. Die letzte Nummer der Wochenchrift ist beschlagnahmt.

Gewerkschaftsbewegung

Appell der Saarbergleute.

Seit dem 5. Februar d. J. stehen 72 000 Bergarbeiter des Saargebietes in einem schweren wirtschaftlichen Kampfe gegen den mächtigsten Arbeitgeber der Welt, die französische Saarbergverwaltung. Die Einführung des Frank als Zahlungsmittel hat im Saargebiet eine ungeheure Teuerung hervorgerufen. Der Bergarbeiterlohn stand bei Beginn des Streiks 7 Frank pro Tag niedriger als 1920. Auf die Forderung der Saarbergarbeiter, den Lohn auf den Stand von 1920 zu erhöhen, machte die Bergverwaltung ein so ungenügendes Angebot, daß die Bergarbeiter es ablehnen mußten.

Seit 5 Wochen steht nun die restlos organisierte Bergarbeiterchaft einig und geschlossen in ihrem in musterwürdiger Ruhe geführten Kampfe. Sie braucht aber in diesem Kampfe die moralische und materielle Hilfe der internationalen organisierten Arbeiterchaft. Sie bittet um diese Unterstützung in der Erwägung, daß der Kampf der Bergarbeiter eines Landes die Sache der Arbeiter aller Länder ist. Gesandungen erbitten wir durch Vermittlung der Zentrale unseres Verbandes in Bochum.

Saarbrücken, den 7. März 1923.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Saargebiet.
Schwarz, Heiterich.

Wir schließen uns der Bitte unserer saarländischen Kollegen, sie in ihrem schweren wirtschaftlichen Kampfe schnell und wirksam zu unterstützen, an.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum.
Friedrich Hufemann.

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet hat eine Verschärfung durch die Knappschaftsverwaltung erfahren. Sie hat sämtlichen im Streik befindlichen Arbeitern die Mitgliedschaft zur Krankenkasse entzogen, so daß sich trankte Bergleute privat behandeln lassen müssen. Alle Knappschaftsärzte sind ihres Amtes vorläufig enthoben worden, so daß es auch keinen geschäftsführenden Vorstand, der zur Hälfte aus den Versicherten bestehen muß, mehr gibt. Den Knappschaftsärzten wurde eine Reduzierung ihrer Gehälter angekündigt.

Keine Erhöhung der Märzbezüge!

Ein bürgerliches Nachrichtenbureau verbreitet folgende Meldung:

Der Reichsfinanzminister ist nicht geneigt, mit den Organisationen der Beamten und Staatsarbeiter über eine Erhöhung der Gehälter und Löhne für März zu verhandeln. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß durch eine nochmalige Erhöhung der Gehälter und Löhne die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark stabilisiert werden. Die Organisationen sind im Finanzministerium vorstellig geworden, um vielleicht doch noch zu erreichen, daß mit ihnen verhandelt wird.

Wir sind in später Abendstunde nicht in der Lage, die Richtigkeit der Meldung nachzuprüfen. Wir wollen hoffen, daß sie falsch ist, um so mehr, als die Reichsregierung die Nachricht dementiert hat, wonach sie eine Anweisung gegeben haben soll, für März jede Lohn- und Gehaltserhöhung abzulehnen.

Zur Bewegung in der Metallindustrie.

Wie uns mitgeteilt wird, sind auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums für Donnerstag neue Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband festgesetzt worden. Die Verhandlungen finden im Reichsarbeitsministerium statt. Angesichts der bisherigen Haltung der Unternehmer ist nicht anzunehmen, daß dieser letzte Versuch zu einem greifbaren Resultat für die Metallarbeiter führt. Diese werden gut tun, sich in geschlossener Bereitschaft zu halten, auf jeden Fall aber die Beschlüsse der Organisation abzuwarten.

Eine außerordentlich gut besuchte Werkmeister-Funktionärversammlung nahm nachstehende Entschließung einstimmig an: Die Funktionäre der Fachgruppe Metallindustrie im Deutschen Werkmeisterverband haben den Bericht über die Lage in der Berliner Metallindustrie entgegengenommen und daraus ersehen, daß der VDM ein Entgegenkommen für die Angestelltenchaft nicht zeigt. Sie bebauern die Haltung der Unternehmer im Interesse der allgemeinen Volkswirtschaft, der ein Streik in der Berliner Metallindustrie in der jetzigen Situation schwere Wunden schlagen muß. Die Kollegen im Deutschen Werkmeisterverband sind sich ihrer Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber voll bewußt; wenn sie trotzdem zum Streik schreiten, so tun sie das, weil sie durch die brutale Rücksichtslosigkeit der Arbeitgeber dazu gezwungen werden.

Die Werkmeister stehen geschlossen zu ihrer Organisation, dem Deutschen Werkmeisterverband, und sind bereit, jeder Parole desselben unbedingt Folge zu leisten.

Der Kampf im Fleischergewerbe.

Der Zentralverband der Fleischer schreibt uns: Anlässlich der Aussperrung in der Fleischwarenindustrie wurde der letzte Viehmarkt von den Unternehmern gesprengt. Die wahren Gründe sind jedoch andere. Die Ueberzeugung dürfte nahegerade auch den kleinen Engroschlächtern aufgehen. Fast alle, die dem Marktabklotzbeschluss der Unternehmer zum Opfer fielen, und das waren die „Kleinen“, mußten auf dem gestrigen Fleischmarkt zusehen, wie die „Großen“, die noch über Vorräte vom vorigen Markt verfügten, unerhöht hohe Preise forderten und — wegen der Fleischknappheit — auch erhielten. („Fleischknappheit“ — laufende Stück Vieh stehen in den Ställen des Viehhofes.) Es verlautet, daß die größten Schreier nach dem Boykott sich bereits am Tage zuvor auf dem Magerviehhof

eingedeckt hatten. Diese Schreier haben ihr Ziel also in doppelter Hinsicht erreicht:

1. Ihre alten Fleischvorräte zu höchsten Preisen verkauft und Riesengewinne eingefackt; 2. die lästige Konkurrenz der „Kleinen“ ausgeschaltet.

So mancher Engroschlächter ist heute betrübt, daß er kein Fleisch hat, während die anderen ihr Schächeln scheren.

Die Preisentwicklung seit Anfang Januar bietet dasselbe Bild, wie die anderer Inlandwaren. Mit dem rapiden Steigen des Dollar gegen auch die Fleischpreise sprunghaft an. Von 1630 M. für ein Pfund Schweinefleisch (lebend) am 13. Januar, stieg der Preis bis zum 31. Januar auf 2600 M. Anfang Februar fiel der Dollar bis auf die Hälfte seines höchsten Standes, die Fleischpreise — stiegen weiter bis auf 3400 M. das Pfund. Ende Februar schien es, als ob die Fleischpreise heruntergehen wollten. In einem Markttag trat ein Rückschlag auf 2600 M. ein. Der folgende Markt ließ die Preise wieder auf die alte Höhe zurückschellen.

Der letzte Markt war, wie schon früher erwähnt, außerordentlich gut besucht und hatte sehr stark auf die Preise gedrückt. Viel Vieh lief ein, das bereits auf dem Homburger Markt angeboten war, wegen der zurückgehenden Preise aber nach dem Berliner Markt geleitet wurde.

In der ganzen Preisgestaltung drückt sich naturgemäß das wahre Gesicht derjenigen aus, die nur so von „Vaterlandsliebe“ triefen. Landwirt, Händler, Kommissionär und Engroschlächter in trauer Harmonie, eifrig bestrbt, die Preise hoch zu halten. Selbst die Fleischermeister-Presse sieht sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß solches Tun nicht „vaterländisch“ sei.

Ann. der Redaktion: Es wäre wirklich die höchste Zeit, daß die Behörden einmal nach dem rechten sehen und dem unter der Maske eines Lohnkampfes betriebenen Wucher und der Preistreiberei energisch zu Leibe gehen. Wie wir andererseits erfahren, haben gestern im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen stattgefunden. Ueber den vom Vorsitzenden gemachten Vergleichsvorschlag weder sich die Parteien heute schlüssig werden.

Die Bewegung der Angestellten der Holzindustrie.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar, die zum Zwecke der Verbindlichklärung des Schiedspruches, welcher bestimmte, daß der alte Tarifvertrag bis zum 31. Dezember 1923 zu verlängern ist und daß auf die Novembergehälter für den Monat Januar 210 Proz. zu zahlen sind, stattfanden, haben eine Einigung nicht erzielt. Es kann jedoch festgestellt werden, daß die Herren Arbeitgeber der Holzindustrie schon etwas gelernt haben, und wir hoffen, daß sie in Zukunft noch mehr lernen werden. Haben sie doch zu diesen Verhandlungen nicht den Spieß mit der Vertretung irgendeines schriftlichen Auftrages betraut, sondern sind persönlich in größerer Anzahl erschienen. Wer jedoch gestaubt hat, daß die erschienenen Herren in der Lage wären, neue Gründe für ihren absehbaren Standpunkt vor dem Demobilisierungskommissar ins Feld zu führen, hat sich schwer getäuscht. Einzelheiten über die Verhandlungen in der Öffentlichkeit zu brandmarken, nehmen wir Abstand in Anbetracht dessen, daß die Herren Arbeitgeber die Erklärung abgegeben haben, daß sie in einer Mitgliederversammlung erneut zu unseren Forderungen Stellung nehmen werden. Wir erwarten, daß in dem erneut zu führenden Verhandlungen mit den Herren Arbeitgebern diese ihren absehbaren Standpunkt einer Revision unterziehen werden auf Grund der Aussprache, die vor dem Demobilisierungskommissar stattfand. Wir sind der Meinung, daß sie sich davon überzeugen konnten, daß die Angestelltenchaft unbedingt an der Forderung festhält, ihre Arbeits- und Gehaltsbedingungen für die Zukunft tariflich geregelt zu wissen. Sollten die Verhandlungen, die nun stattzufinden haben, nicht ein betriebendes Ergebnis zeitigen, so fällt die Verantwortung für das, was geschieht, den Herren Holzindustriellen zu. Das verlassene Tarifvertragsverhältnis hat sich die Angestelltenchaft durch einen Streik erklärt. Wollen die Herren Arbeitgeber erneut den Kampf, so ist die Angestelltenchaft bereit, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Wir werden dann nicht davor zurückschrecken, die bitteren Wahrheiten, die die Herren Arbeitgeber vor dem Demobilisierungskommissar hören mußten und die sie durch keinen Gegenbeweis entkräften konnten, der Öffentlichkeit zu übergeben. Doch nicht die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer an den Wucherpreisen, die in der Holzindustrie gefordert werden, schuld sind, ist eingeweihten Kreisen schon längst bekannt. Ein klares Bild der Öffentlichkeit darüber zu geben, wie sich die Preise einer bürgerlichen Wohnungseinrichtung zusammensetzen, wird unsere nächste Aufgabe sein.

Lohnverhandlungen der Buchbinder.

Eine gutbesuchte Versammlung aller in den reinen Buchbinderen, Geschäftsbuch- und Briefumschlagfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag im Gewerkschaftshaus nahm Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen für Monat März. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wurde von Czerny berichtet. Aus seinem Bericht ging hervor, daß das Reichsarbeitsministerium angerufen werden mußte, weil eine Einigung mit den Arbeitgebern nicht erzielt werden konnte. Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium habe Syndikus Feldgen als Vertreter der Arbeitgeber folgende merkwürdige Erklärung abgegeben:

„Die Papierverarbeitungsindustrie hat sich mit riesigen Summen an der Ruhrhilfe beteiligt und jetzt verlangen sie (die Arbeitgeber) noch eine Erhöhung der Löhne. Die politische Lage erfordert, daß die Arbeiterschaft Rücksicht nimmt auch auf die schwere Notlage der Arbeitgeber, um es ihnen zu ermöglichen, die Arbeiter trotz der schlechten Wirtschaftslage weiter zu beschäftigen. Deshalb müssen sich die Arbeiter mit einem bescheidenen Lohn zufrieden geben, damit es möglich wird, die schwere Zeit durchzuhalten.“

Der Spruch war folgender: Die Verheirateten erhalten eine Lohnzulage in Höhe von 25, die Unverheirateten und Arbeiterinnen von 20 Proz.

Dieser Spruch ist von der Lohnkommission abgelehnt worden. Nachträglich ist es noch zu einer direkten Verhandlung mit den Arbeitgebern in der Briefumschlag- und Geschäftsbuchfabrikation gekommen und diese haben sich bereit erklärt, eine Erhöhung aller Löhne um 25 Proz. zu gewähren. Die Akkordlöhne sollen auch entsprechend erhöht werden. — Mit den Vertretern der reinen Buchbinderen ist eine Einigung noch nicht zustande gekommen.

Nach dem Bericht folgte eine längere Diskussion ein, die eine starke Mißstimmung über das geringe Zugeständnis der Arbeitgeber erkennen ließ.

Nach einem Schlußwort des Referenten, in dem er zu freiem Festhalten an der Organisation ermahnte, da die Einigkeit in dieser Zeit dringender denn je notwendig sei, wurden zwei Resolutionen angenommen. Die erste fordert gemeinsame Verhandlungen im graphischen Gewerbe, Herstellung des Reallohns und Herstellung der Einheitsfront zur Erreichung einer Arbeiterregierung, während die zweite von den Betriebsräten verlangt, bei den Geschäftsleitungen vor Abschließung der neuen Lohnwoche vorstellig zu werden, um die Forderungen auf Akkordprozente sowie auf die Lohnhöhe, die unentschieden geblieben bzw. zu gering bemessen sind, erneut in Höhe von 40 Proz. zu stellen, andernfalls die Akkordarbeit abgelehnt werden müsse.

Die Angestellten der Reichspost.

Der Deutsche Verkehrsband (Sektion Post, Fernsprech- und Telegraphenpersonal der Oberpostdirektion Berlin) hielt am Montagabend in den Zentral-Festhallen seine Jahres-Generalversammlung ab, in der der Sektionsleiter Bill den Bericht erstattete. In seinem umfangreichen Ausführenden ging der Redner auf alle Ereignisse im abgelaufenen Geschäftsjahre näher ein und hob hervor, daß die Kollegenchaft erkannt habe, im Rahmen der Grundzüge des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ihre Interessen am besten fördern zu können. Im Laufe des Jahres sei die Organisation dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund beigetreten. Die Entwicklung der Organisation könne als ein fruchtbarer Erfolg bezeichnet werden, denn sie umfasse etwa 87 Proz. der im O.V.D.-Bezirk beschäftigten Arbeiter. Hierzu tritt ein erheblicher Teil der Beamten. Der Bericht wurde von Klemm in verschiedenen Punkten ergänzt, der die Vorgänge auf dem 2. allgemeinen internationalen Kongress der Post- und Telegraphenbeamten in Berlin freute und insbesondere auch auf die Tätigkeit des 1. Verbandstages, der im Berliner Gewerkschaftshaus stattfand, hinwies. Bei der Neuwahl der Bezirksbetriebsräte, an der sich 85 Proz. von der Belegschaft beteiligten, gelang es, alle 12 freigewerkschaftlichen Betriebsräte durchzubringen. — Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung wurde zur Wahl der Sektionsleitung geschritten. Als Sektionsleiter wurde Bill, als Stellvertreter Klemm, zum Schriftführer Kroschel und zum Stellvertreter Herz gewählt. Zum unbesoldeten Funktionär für die Bezirksverwaltung wurde der Kollege Weiß gewählt. Ueber die letzten Lohnverhandlungen wurde von Ballentin berichtet, daß die Regierung auch für März im allgemeinen auf keine Lohnverhandlungen eingehen will. Sie hat aber erklärt, für besonders hart von der Teuerung bedrängte Orte eine Ausnahme machen zu wollen.

Unwürdige Bezahlung in der Pughbranche.

Der Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Aus Kreisen der Arbeiter und Angestellten der Pughbranche gingen uns lebhafteste Klagen über die mangelhafte Bezahlung der Arbeiterkraft in dieser Branche zu. Das Eigengehalt eines launmännlichen Angestellten betrug im Monat Februar 170 000 M. Alle Bemühungen, eine einer anderen tariflichen Vereinbarung gleichkommende Bezahlung zu erreichen, scheiterten an der Weigerung der Arbeitgeber, den sozialen Erfordernissen gerecht zu werden. Eine sehr geübte und geschickte Pugarbeiterin hatte zum Beispiel nach langjähriger Tätigkeit im Betriebe für den Monat Dezember ein Einkommen von 16000 M., das im Monat Januar etwa 24000 M. betrug und im Februar die Summe von etwa 45 000 M. erreichte!

Es ist daher wichtig, daß auch die Öffentlichkeit einmal von diesen Zuständen Kenntnis erhält. Daß bei so gestarteten Einkommensverhältnissen das Gend der Arbeiter und Angestellten in der Pughbranche groß ist, braucht nicht extra betont zu werden. Wir möchten nur einmal die sittliche Entrüstung der Herren Arbeitgeber kennen lernen, wenn ein so miserabel bezahlter Arbeitnehmer auf den Gedanken kommt, zur Kräftigung seiner Existenz sich Eigenem anzueignen. Verhorren die Unternehmer auf ihrem unsozialen Standpunkt, dann werden wir in nächster Zeit Gelegenheit nehmen, an Hand eines reichen Zahlenmaterials einmal eingehender auf diese Dinge zurückzukommen und insbesondere auch auf die Verdienstmöglichkeiten der Arbeitgeber hinweisen. Den Angestellten und Arbeitern aber muß nach wie vor gesagt werden, daß eine Voraussetzung für eine gründliche Besserung der Arbeitsverhältnisse die möglichst restlose Zusammenfassung in der gewerkschaftlichen Organisation ist. Daran fehlt es bis zur Stunde noch.

Wahlung, Buchbinder! Heute nachmittags 5 Uhr bei Baum, Stoffschreiber, 7, Sitzung des SPD-Bezirksausschusses. Zutritt haben die Parteimitglieder und die Vertrauensleute der Gewerkschaften. Politisches Geschehen erwartet.
Stimme C. Votera, Tempelhof. Am Donnerstag, 14. Uhr, Versammlung aller Kollegen der SPD der Richtung Amsterdamer bei Schlemmer, Berliner, Eds. Ordensmeisterstraße. Stellungnahme zur Arbeiterwahl.
Wahlung, Holzarbeiter! Am Freitag, 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung statt. Die SPD-Delegierten treffen sich um 5 Uhr im Saal 3 zur Vorbesprechung. Legitimation und Vorbericht ist mitzubringen.
Der Bezirksausschuss.

Kaden- und Konstantin. Vertrauensmannerversammlung heute abend 7 Uhr bei Eichler, Gellertstr. 13.
Zentralverband der Angestellten, Textilindustrie: Öffentliche Versammlung Donnerstag abend 7 1/2 Uhr in Haverlands Festhallen, Neue Friedrichstr. 35. — Stellig: Bezirksfamilienversammlung Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Refektorium Wende, Steglitz, Berlinische Straße, Eds. Angelpfad.
Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein M. Cöln: Heute 7 Uhr große Mitgliederversammlung in Haverlands Festhallen, Neue Friedrichstr. 35. Bericht über Betriebsordnungsregeln und Betriebsordnungsregeln. Referent Kollege Hilsbergheim.

Recantations für den Verkauf: Zell: Victor Schill, Berlin; für Angestellte: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: G. m. b. H., Berlin.

Gantansichtlag, offene Füße (Krampfadern)

auch veraltete Wunden, heilt die milde und wahlende
Sanitätsrat Dr. Strahl's Hausmittel
Elefanten-Apothek, Berlin SW., Leipziger Str. 74 (Lindenschloß)

Schotten 9500.-
reine Wölle, 100 cm breit, Meter

Zephir 2750.-
für Sportheimden und Blusen,
gute Qualität Meter

Damen-Strümpfe 2700.- 4500.-
schwarz und moderoe Farben
Baumwolle Mako und Musselinoe

Reste und Abschnitte
von weissen Waren sowie
einreine
Wäschestücke
gelangen zu besonders vorteilhaften Preisen zum Verkauf

Schwarzer Taffet 9500.-
reine Seide... Meter

HERMANN

Voilebluse 4900.-
mit farblichem Paspel garniert,
jugendliche Form

Waschkleid 17500.-
hell- und dunkelfarbig ...

Oberhemd 15900.-
für Herren, farbig,
mit Kragen

Geldschein-Taschen 2300.-
echtes Leder,
mit Lederfuit

Berliner Straßentaufen.

Was in monarchischer Zeit „historischer Sinn“ galt.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind die geforderten Straßen- und Platznamen...

„Königsstraße“ und „Königsplatz“.

Der Brauch, den Straßen und Plätzen dynastische Namen zu geben, ist in Berlin nicht älter als 200 Jahre.

„Verewigte“ Hohenzollern.

Höhnend sagte in der Stadtverordnetenversammlung ein bürgerlicher Redner, die Republik habe es offenbar sehr nötig, sich zu „verewigen“.

„Friedrichstraße“, der „Neuen Friedrichstraße“ und der „Charlottenstraße“ hatten schon ältere Namen...

Auch Spießbürger wollten „verewigt“ werden.

„Was dem König recht ist, ist dem Bürger billig“, dachten respektlose Berliner. Mancher, der bei dem Fortschreiten der Bebauung des Stadtgebietes seinen Kartoffelacker mit Profit als Baugrund aufstellte...

Anrühige Straßennamen.

Der „historische Sinn“, der jetzt für den „Königsplatz“ geltend gemacht wird, hat den Hohenzollern nichts gegolten...

es zunächst nicht, und erst fünf Jahre später entschloß man sich dann zur Umlaufung.

Anrühig geworden sind auch die Straßen- und Platznamen dynastischen und militärischen Charakters.

Der Toppfhirn.

Die Auswüchse der Mode sind heute eine einzige Befundung der Sinnlosigkeit. Noch dazu, wenn diese Auswüchse nur ein einziger Auswuchs werden, wie dieses jetzt beim Toppfhirn der Fall ist.

Weil der Hund „unerzogen“ war.

In der Adalbertstraße hatte der Kaufmann G. ein Kellergeschäft. Eines Tages entdeckte er den Hund einer Frau B., der gerade vor dem Eingang seines Geschäfts ein gewisses Geschäft verrichtete.

(Nachdruck verboten. Der Kall-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

„Ist doch ganz kunstvoll gemacht hier, nicht?“ meinte Appelbaum, der Andrews zunächst lag, ein knochiger Mann mit großen, erschreckten Augen...

„Wollen Sie mir ein Buch kaufen, ein französisches Buch?“ sagte Andrews lächelnd. „Ein französisches Buch? Nun, ich werde sehen, ob es zu machen ist.“

„Du hast kein Recht, mir das zu sagen, junger Mann“, antwortete der Leichenbestatter ärgerlich. „Ich habe menschliche Gefühle.“

(Fortsetzung folgt.)

straße von 5000 Mark, eine für einen gefährlichen
Robeissakt recht milde Strafe, wiewohl nicht verkannt
werden soll, daß die hier gefangenene Angewohnheit der Hunde
höchst unhygienisch ist, worauf die Hundebesitzer achten müssen.

Der Kampf um die Kohlen.

Erfolgreiches Vorgehen gegen Kohlenwucher.

Die zuständigen Aufsichtsbehörden gehen jetzt mit er-
freulicher Schärfe gegen solche Kohlenhändler vor, die
in wucherlicher Weise die Kohlen zu verkaufen. So
ist jetzt durch den Polizeipräsidenten dem Kohlenhändler Ernst
Schülke, Westend, Lindenallee 4, die Handels-
erlaubnis für Kohlen entzogen worden. Der Händler war bereits im vorigen Jahre vom Wucher-
gericht zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er Preiskohlen
an zahlende Kunden ohne Kartons abgegeben hatte. In den letzten
Monaten hatte er wiederum seine Kundenschaft nicht beliefert, dafür
aber an zahlungsträchtige Ausländer Briketts zu
Preisen geliefert, die weit über den zulässigen Sätzen lagen. Der
Polizeipräsident hat verfügt, daß Schülke die Handels-
erlaubnis für Kohlen für alle Waren des täglichen Bedarfs entzogen wird und hat weiter an-
geordnet, daß Sch. in diesem Gewerbegebiet weder als Angelegter,
noch als Arbeiter tätig sein darf.

Durch Beamte des Ueberwachungsamtes wurde ein Kohlen-
händler aus Reußland abgefaßt, der in der Gasanstalt Tegel
70 Zentner Gasstoffs aufgeladen und sie am Kurfürstendamm als
niederschlesischen Schmelzstoffs verkauft hatte. Der Händler hatte das
Gewicht der Kohlenmenge auf 95 Zentner angegeben und außerdem
für den Gasstoffs den viel höheren Preis für Schmelzstoffs angerechnet.
Begegnen den Kohlenhändler ist Strafverfahren wegen Betruges gestellt
worden.

Eine empfindliche aber gerechte Strafe erhielt der Kohlenhändler
Bühmeister aus Wilmersdorf vom Wuchergericht des
Landgerichts III wegen Preistreibererei mit Kohlen und Zurück-
haltung derselben. Bühmeister hatte mehrere Waggons Kohlen er-
halten, aber nur einen Teil davon in seinen Laden bringen lassen.
Die Hauptmenge war auf einem besonderen Lagerplatz untergebracht.
Als eine Kundin bei ihm erschien, um Kohlen zu kaufen, prangte
an der Tür das übliche Plakat: „Ausverkauft!“ Auf den
Einwand, daß doch im Laden noch Kohlenvorräte vorhanden
wären, wurde der Frau erwidert, daß diese Kohlen schon bestellt
seien. Am nächsten Tage und am übernächsten Tage wurde der
gleiche Befehl gegeben. Darauf wurde Anzeige erstattet. Der An-
geklagte behauptete, daß er die Kohlen nicht zum Zwecke der Zurück-
haltung auf einem besonderen Platz untergebracht hätte, sondern weil
nicht genügend Platz im Laden vorhanden sei. In den beiden nächsten
Tagen habe er die Kohlen nicht hinbringen lassen können, weil ge-
rade Kohlenarbeiterstreik war. Da aber merkwürdigerweise in diesen
Tagen eine Erhöhung der Kohlenpreise eintrat, so war das Ge-
richt der Ueberzeugung, daß der Angeklagte lediglich eine Preis-
treibererei verfolgt habe und verurteilte ihn zu einem Monat
Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt
hatte drei Monate und 300 000 M. Geldstrafe beantragt. Im Inter-
esse der ratlosen und halb verzweiferten Bevölkerung ist dringend zu
wünschen, daß man, wie hier gegen den Kohlenwucher, auch gegen
den Lebensmittelwucher jetzt endlich mit aller Schärfe
vorgeht. Schließlich seien die Behörden auch auf die unerhörte Be-
leidigungsnot verwiesen, unter der die minderbemittelte Be-
völkerung von Tag zu Tag mehr zu leiden hat, weil hier von einem
Abbau der Preise kaum etwas zu spüren ist.

Kartoffeln werden billiger notiert.

Die amtliche Kartoffelnotierungskommission notierte gestern für
weiße und rote Kartoffeln ab Märkischer Vorkaufstation
3000 Mark pro Zentner. Die letzte Notierung lautete auf
4500 M. Es wird gut sein, wenn das Publikum darauf acht gibt,
daß entsprechend der zurückgegangenen Notierung auch die Preise
im Kleinhandel weichen. Bei steigender Tendenz wüßte
der Handel sich den höheren Notierungen immer sofort anpassen.
Es muß daher auch verlangt werden, daß die Händler nunmehr
entsprechend billiger ihre Vorräte abgeben.

Räuberpaul und sein Doppelpänger.

Die „Quartiermacher der roten Armee“.

Auf ein sonderbares Jubiläum, nämlich das seiner fünf-
undzwanzigjährigen Bestrafung, konnte ein gewisser
Paul Dremig, der gemeinsam mit einem Hermann Gutta sich gestern
vor dem Schwurgericht des Landgerichts III wegen Raubes und
versuchten Raubes zu verantworten hatte, zurückblicken.

„Na, Herr Präsident, ich habe ein sehr bewegtes Leben hinter
mir“, so begann der Angeklagte Dremig. „Ja, das sehe ich aus den
Akten“, erwiderte der Vorsitzende, „aber alle Ihre Verurteilungen brauchen
Sie uns nicht aufzuzählen, sonst werden wir nicht fertig.“ Der An-
klage lag folgender Vorfall zugrunde: In der Nacht zum 22. Mai
1920 hatten die beiden Angeklagten in Gemeinschaft mit drei anderen
Männern, die inzwischen bereits abgeurteilt sind, einen Ueberfall
auf des Rittergut Berge bei Raven ausgeführt. Sie hatten bei
ihrem Erscheinen erklärt, daß sie Quartiermacher für eine
ankommende „rote Armee“ seien. Als sie verurteilt, die Ge-
meindekasse zu rauben, legte der Nachtwächter die Feuerstrenge
in Tätigkeit und die Räuber nahmen Reißaus. In der nächsten Nacht
wurde der Gemeindevorsteher Walke in Paaren überfallen und ge-
seßt. Die Räuber bemächtigten sich seines Leihwagens, raubten, was
sie finden konnten und zwangen einen Knecht, ihnen ein Fuhrwerk
anzuwandern, mit dem sie davonfahren. Die Angeklagten bestritten
ihre Schuld. Der Angeklagte Dremig führt den Epitheton „Räuber-
paul“. „Den Namen „Räuberpaul“ habe ich auf der Schule be-
kommen, als wir immer Räuber und Soldat spielten, und dann hab-
te ich mir den Namen denn so angeeignet“, meinte er humorvoll. „Ich
bin ein alter Jugendkünstler. Wenn ich bei dem Ding jedoch hätte, würde
ich der sagen.“ Auf den Vorhalt, daß er doch auf dem Fuhrwerk ge-
wesen sei, erwiderte der Angeklagte, daß er die andere unterwegs
getroffen habe und von ihnen ein Stück mitgenommen worden sei.
Als ihm weiter vorgehalten wird, daß er doch von Zeugen wieder
erkannt worden sei, entgegnete der Angeklagte: „Der muß ein
Doppelpänger von mir sein, ich habe den doch einmal am
Potsdamer Platz getroffen und ob sie et mir glauben oder nicht, Herr
Präsident, da habe ich mir selber gefügt, ich dachte, ich wär's.“ Da
die Zeugen nach so langer Zeit nicht mehr mit Bestimmtheit die
beiden Angeklagten als Angehörige der Räuberbande wieder er-
kennen konnten, hielten die Rechtsanwälte Dr. Grohmann und
Jorael die Schuld in keiner Weise erwiesen, und auch die Ge-
schworenen faßen zu demselben Ergebnis und sprachen beide An-
geklagten frei, so daß Räuberpaul seiner fünfundschrägzigjährigen Be-
strafung, auf die er mit besonderem Stolz zurückblicken schien, dies-
mal keine neue hinzufügen konnte.

Raubüberfall auf eine Zeitungsträgerin.

Von Räubern überfallen und um 400 000 M. beraubt wurde vor-
gestern früh die Zeitungsträgerin Frau Herpich aus der
Neuen Winterfeldstraße 42 mit ihrem 14-jährigen Sohne Alfred.
Frau Herpich hatte am Tage für den Expediteur und die Verlage 400 000
Mark bei den Abonnenten eingezogen und nahm morgens das Geld
in einer Tasche mit, um es abzuliefern. Als sie um 5 1/2 Uhr durch
die Martin-Luther-Straße ging, merkte sie, daß ihr und
ihrem Sohne zwei Männer verdächtig folgten. In ihrer Angst
stieß sie die Tasche mit dem Gelde auf der Brust unter den Mantel
und glaubte sie so geborgen. In der Fürtter Straße schlichen sich
die beiden Männer immer näher an sie heran. Plötzlich packte sie
einer der beiden am Genick und an den Haaren, und rief sie rück-
lings zu Boden. Zu gleicher Zeit verlegte der andere dem Jungen
einen mächtigen Schlag auf den Schädel. Dann entrißten beide der

Ueberfallenen die Tasche mit dem Gelde und liefen davon. Als sich
die Beraubte dem ersten Schreck erholt hatte, rief sie um Hilfe. In
dem Hause erschienen auch Leute an den Fenstern, aber niemand
stand ihr bei, und die Räuber entkamen. Die Frau schleppte
sich zunächst nach Hause und erstattete dann auf der Wache des
174. Reviers Anzeige. Einer der Räuber ist etwa 35, der andere
etwa 40 Jahre alt. Beide sind mittelgroß. Der eine hatte einen
dunklen Schnurr- und Spibba., der andere einen blonden Schnurr-
bart. Der erste trug einen dunklen Mantel, der zweite einen kurzen
gelben Mantel.

300 000 M. Belohnung für Aufklärung eines Mordes.

Zu dem Wächtermord in der Neuen Friedrichstraße wird mitge-
teilt, daß die Vernehmung der wenigen Bewohner des großen In-
dustriegebäudes keinen Anhalt für die Verfolgung der Mörder ge-
geben haben. Die Leute haben wohl in der Nacht Hundebelld und
Geräusch gehört, zum Teil auch hinausgesehen, aber nichts wahr-
nehmen können. Für die Aufklärung ist eine Gesamtbelohnung von
300 000 M. ausgesetzt, und zwar 20 000 M. seitens des Polizei-
präsidiums, 20 000 M. seitens der Gemeinnützigen Beamtenver-
sicherung und 50 000 M. seitens der Wächtervereinnigung Groß-Berlin.
Die Verteilung dieser Summe behält sich das Polizeipräsidium vor.
Mittelungen nehmen die Kriminalkommissare Gennai und Apit im
Zimmer 105 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 419 und 428, ent-
gegen.

Konjungenossenschaftsmittglieder! Parteifunktionäre!

Generalversammlungsvertreterwahl!

Für eine Reihe von Verkaufsstellenbezirken sind die Vorschlags-
listen für die Vertreterwahl zur Konjungenossenschafts-General-
versammlung noch nicht eingekandt worden. Die erneuern unsere
dringende Mahnung, sofort die Einreichung zu bewirken.
Spätestens am 10. März (Sonntags) müssen die Wahl-
vorschläge beim Vorstand der Genossenschaft in Lichtenberg ein-
gegangen sein. Wird dieser äußerste Termin veräumt, dann
ist die Nichtanerkennung des Wahlvorschlages die Folge und damit
die Wahl von VSPD-Generalversammlungsvertretern unmöglich
gemacht. Jede Stunde weiterer Verzögerung vergrößert die Gefahr,
daß die VSPD-Vertreterwahl in der kommenden Generalversam-
mlung eine ungenügende Höhe erreicht und damit die ruhige
Weiterentwicklung der Genossenschaft aufs ärgste bedroht wird.
Genossen, erinnert Euch Eurer verantwortungs-
vollen Pflicht zum Schutz Eurer Wirtschaftsorganisation!
Arbeitsausschuß der VSPD-Genossenschaftsmittglieder.

Wiedereinführung der Sommerzeit?

Wie wir hören, sind Bestrebungen im Gange, in diesem Jahre
die Sommerzeit wieder einzuführen. Die Bestrebungen werden von
der Industrie stark unterstützt und der Reichsverband der deutschen
Industrie steht der Angelegenheit fördernd gegenüber. Die Be-
ratungen hierüber sind im Reichsministerium des Innern im Gange
und dürften im Sinne der Einführung einer Sommerzeit voraussicht-
lich ausfallen.

Die Volksschülerin als Kindergärtnerin. Der Zugang zu dem
Beruf der Kindergärtnerin soll begabten Volksschülerinnen erleichtert
werden. Der Minister für Volksbildung hat angeordnet, daß künftig
bei Volksschülerinnen die schulwissenschaftliche Vorprüfung nach den
Richtlinien für die Vorprüfung von zukünftigen Wohlfahrtspfle-
gerinnen vorgenommen wird, wenn sie in ein staatlich anerkanntes
Kindergärtnerinnenseminar eintreten und zur staatlichen Kinder-
gärtnerinnenprüfung zugelassen werden wollen. Der Lehrgang im
Kindergärtnerinnenseminar wird von 1 1/2 auf 2 Jahre erweitert.

Normalien auf der Reichsbedienstetenschau. Mit den zunehmenden
Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens ging ein Streben nach Er-
sparnissen durch wissenschaftliche Betriebsführung, Typisierung und
Normalisierung aller geeigneten Fabrikate, serienweise Herstellung
und weitestgehende Organisation der Beschaffung parallel. So ist
es von Interesse, derartige Fabrikate auch auf der Reichsbedienstet-
schau anzutreffen, die bis zum 25. März im früheren Herrenaufse-
lerpark, Leipzig, ihren Besuchern Gelegenheit gibt, sich mit allen
einschlägigen Dingen bekanntzumachen. Es sind dort z. B. auch die
im Baugewerbe und Siedlungswesen bereits vielfach
verwandten Reichsnormenfenster und -türen ausgestellt, die die
„Deutschen Werke Aktiengesellschaft“ liefern.

Die UEG-Schnellbahn A-G. hat in ihrer gestrigen Generalver-
sammlung entgültig ihre Liquidation beschlossen. Zu Liqui-
datoren wurden die Vorstandsmitglieder Baurat Ranke und
Dr. Sluzewski gewählt. Danach werden die ganzen bisher
fertiggestellten Anlagen (die Tunnelbauten, einzelne Teil-
strecken der Gesundbrunnen-Untergrundbahn) der Stadt zufließen.
Wenn die Stadt zwar heute an eine Fortführung des Baues
auch nicht denken kann, so wird die Uebertragung der fertiggestellten
Bauteile der Stadt in einer besseren Zukunft die Weiterfüh-
rung dieses wichtigen Verkehrsmittels doch wesentlich er-
leichtern.

Das proletarische Kulturkartell Wedding veranstaltet, wie bereits
mitgeteilt, eine Kollaborationserwoche im Bezirk Wedding.
Die öffentliche Versammlung findet Freitag, den 9. März,
abends 7 Uhr in der Aula Wilmshofer Str. 6, Nähe Bahnhof Gesund-
brunnen, statt. Referenten: Clara Voßmann-Schuch und Werner
Schölen.

„Adenider Gewerkschaftshaus.“ Man schreibt uns: Dieser
Firmenname prangt seit einiger Zeit an einem Schanklokal in der
Wilmshofer Straße. In diesem sogenannten Gewerkschaftshaus
ist wieder eine gewerkschaftliche noch politische Zeitung zu finden,
auch hat der Inhaber mit der organisierten Arbeiterschaft nicht das
mindeste zu tun.

Teilweise Postperrn nach dem Westen. Infolge Stilllegung
des Eisenbahnverkehrs müssen Pakete, Briefe und
Einschreibbriefsendungen nach der Rheinpfalz und
dem Saargebiet bis auf weiteres von der Annahme aus-
geschlossen werden. Nach Ludwigshafen (Rhein) und Mari-
mitzianbau sind Wert- und Einschreibbriefsendungen zugelassen. Nach
Rhein besteht noch völlige Postperrn.

Erhöhung der jüdischen Gemeindefiscaler für 1922. Die unvor-
hergesehene Selbstverrentung und die damit verbundene Steigerung aller
Ausgaben im Jahre 1922 hat auch die jüdische Gemeinde gezwungen, zur
Deckung ihrer sozialen, kulturellen und religiösen Verpflichtungen den
Steuerertrag für 1922 zu erhöhen und das Steuerjahr dem Kalender-
jahr anzuschließen. Das Nähere ist aus der im Angelegenheit persönlichsten
Bekanntmachung zu erfahren.

Lebensmittelpreise des Tages.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Klein-
handelspreise:
Rindfleisch 3100—3200 M., ohne Knochen 5700—4500 M. Schweine-
fleisch 3500—4200 M. Kalbfleisch 2900—3500 M. Hammelfleisch 3700
bis 4300 M. Rindertalg 8400—8500 M. Schellfisch 1000—1800 M.
Kabeljau 1000—1500 M. Rotzungen 1100—1200 M. *Oorsch 750 M.
Flussdorsch 1000—1200 M. Grüne Herings 800—1000 M. In Ess: Schiele
3500—4000 M. Hechte 1700—2400 M. Labende Schiele 1000—1700 M.
Naturbutter 600—6800 M. Margarine 2900—3500 M. Schweinehälften
3700—4200 M. Weizenmehl 850—950 M. Graupen 1000 M. Malzgerst
700—750 M. Gerstengrütze 1000 M. Kartoffelmehl 650—700 M. Back-
obst: Birnen 500—600 M. Pfannkuchen 750—1000 M. Gemischtes 750
bis 900 M. Kartoffeln 650—800 M. 10 Pfund. Weiskohl 220—250 M.
Wirsalgekohl 230—260 M. Edelapfel 400—600 M. Zwiebeln 60—70 M.

Vorstellung des Volkshilfsamtes Reußland im Staatsthe-
ater. Das Volkshilfsamt Reußland veranstaltet im Staatsthe-
ater am Sonntag, den 11. März, nach 11 Uhr, eine Wiederholung
von Reußland Volkshilfsamtes. Vorverkauf für Mitglieder
der Kunstgenossenschaft Reußland vom 2. bis 6. März in den bekannten Ver-
kaufsstellen. Beste Plätze nur im Volkshilfsamt. Nach dem 5. März
Verkauf von Losarten auch an Nichtmitglieder.

Das Hakenkreuzlied.

Bedauernde Folgen studentischer Provokationen.

Eine Anklage wegen Totschlags mit politischem Hintergrund, die
in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt hat und namentlich in
deutschnationalen Zeitungen Anlaß zu lebhaften Erörterungen gegeben
hat, wird, wie dem Berliner Gerichtsdiensst aus Eisenach ge-
melde wird, das in diesem Monat dort zusammentretende Thürin-
gische Schwurgericht beschäftigen. Die Anklage richtet sich gegen den
Kaufmann Hermann Pommer aus Arnstadt, dem Sohn eines
dortigen Warenhausbesizers. In der Nacht zum 29. Oktober 1922
hatte der Technikerverband Cimbria in Arnstadt im
allgemeinen Gastzimmer eines Lokals seine Kreise. Im Laufe
des Abends wurde „Deutschland, Deutschland über alles“ und das
Hakenkreuzlied der Ehrhardt-Brigade gesungen. In
das Lokal kam auch der Kaufmann Hermann Pommer mit seiner
Geliebten und deren Freundin. Als das Hakenkreuzlied ange-
stimmt wurde, entfernte er sich, wurde aber draußen von dem Tech-
niker Strauß zur Rede gestellt, warum er bei dem Liede „Deutsch-
land, Deutschland über alles“ nicht mitgesungen sei. Pommer er-
widerte, daß dies nicht der Fall gewesen sei, da er während des
Singen dieses Liedes gar nicht im Lokal anwesend gewesen wäre.
Es entstand darauf eine Schlägerei, in deren Verlauf beide
Männer zu Boden fielen und durch andere Techniker, die hinzu-
gekommen waren, auseinandergebracht wurden. Pommer, der
übrigen Feldzugteilnehmer und Inhaber des Eisen-
achener Kreuzes ist, war über den Vorfall sehr erregt, zog seinen
Revolver und gab aus kurzer Entfernung einen Schuß ab, der
Strauß tödlich traf. Pommer behauptet, daß er in Notwehr
gehandelt habe. Die Voruntersuchung lautete zunächst auch auf
Mord, es ist jetzt aber Anklage wegen Totschlags erhoben worden.
Seitens des Angeklagten wird behauptet, daß Strauß nicht aus
patriotischen Gründen, sondern aus Eifersucht ge-
handelt habe, denn er soll vorher auf dessen Geliebte eingeredet
haben, ihm das ehrenwörtliche Versprechen zu geben, daß sie „mit
dem Juden nicht mehr gehen würde“. Zu der Verhandlung ist ein
sehr großer Zeugenapparat aufgeboden worden. Man sieht dem
Ausgang dieses Prozesses in Thüringen mit großer Spannung ent-
gegen.

Neuer Diebstahl im Goethe-Museum. Trotz aller Vorsichtsmaß-
nahmen, die seit dem letzten großen Diebstahl im Goethe-Museum
in Weimar noch vermehrt worden waren, ist gestern nachmittag,
während der Besuchszeit, abermals ein Diebstahl verübt
worden. Gestohlen wurde eine Bronzefäule, die etwa
50 Zentimeter hoch ist und 25 Pfund wiegt. Weiter handelt es sich
um eine dunkelbraune, 25x25 Zentimeter große Seplazeichnung. Der
Wert der gestohlenen Gegenstände beläuft sich auf etwa 80 000 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

138. Vst. Bernauerl. Donnerstag, den 8. März, 1/4 Uhr. Öffentliche
Versammlung in Haus „Hindenburg“, Berliner Straße. Tages-
ordnung: „Kriegsbeziehung und Sozialdemokratie“. Referent Hermann
Lübmann, M. 2. 2.

1. Kreis Friedrichshagen. Freitag, den 8. März, 1/4 Uhr. Öffentliche
Sitzung bei Bauer, Große Frankfurter Str. 1.
2. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 8. März, 1/4 Uhr. In der
Schiller-Realschule. Referent: Dr. B. Versammlung über sozialistische
Erbrechtslehre und Familienrecht. Thema: „Der neue
Erbrechtskodex und die Aufgaben der Familienrechtler“. Referent
Genosse Wendel. Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
3. Kreis Wilmersdorf. Donnerstag, den 8. März, 8 Uhr. erweiterte
Arbeiter-Versammlung bei Schömann, Lohndorferdamm 2.
4. Kreis. Die Sozialistische Arbeiter-Jugend Reußland veranstaltet
Freitag, den 9. März, 7 Uhr, in der Aula des Reußland-Realgymnasiums,
Wilmshofer Str. 6, einen Abend. Zur Vorbereitung gelangt „Im
Nugens zum Wende“. Eintrittskarten für Jugendliche 80 M., für
Erwachsene 100 M.

Heute, Mittwoch, den 7. März:

1. Vst. Vorlesungen für die Mitglieder der Konjungenossenschaft
und um 6 Uhr. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
2. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
3. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
4. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
5. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
6. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
7. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
8. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
9. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
10. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.

Morgen, Donnerstag, den 8. März:

11. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
12. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
13. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
14. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
15. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
16. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
17. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
18. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
19. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.
20. Vst. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B. Referent: Dr. B.
Sitzungsbeginn um 8 Uhr.

Frauenvereinsangelegenheiten:

11. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten Preise
im Jugendheim, Lindenstr. 2.

Jugendveranstaltungen.

Am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.

Mitgliederversammlungen am Mittwoch, den 7. März:

1. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.
2. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.
3. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.
4. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.
5. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.
6. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.
7. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.
8. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.
9. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.
10. Kreis Schöneberg-Friedrichs. Die öffentliche Frauenversammlung
am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet in der
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freitag, den 7. März, abends 8 Uhr, findet im
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.

Freitag, den 7. März, abends 8 Uhr, findet im
Kantone, Lindenstr. 2, ein Vortrag mit Lichtbildern über „Mit dem
Fingergummi zum Wende“ hat. Eintrittskarten zum ermäßigten
Preis im Jugendheim, Lindenstr. 2.

Vereinfachung der Verwaltung in „Groß-Berlin“.

Die Aufgaben der kommunalen Verwaltung sind durch die Kriegs- und Nachkriegszeit bedeutend gewachsen. Die finanzielle Not erfordert jedoch die sparsamste Wirtschaftlichkeit. Mit dem Abbau vieler Zweige in der Verwaltung Groß-Berlins ist begonnen, auch verschiedene Vorschläge zur Vereinfachung der Verwaltung sind in die Tat umgesetzt worden.

Irreführung des Publikums durch die Post.

In den Schalterräumen der Berliner Postämter hängen große gelbe Plakate, auf welchen die neuesten Tarife verzeichnet stehen. Das ist durchaus notwendig, weil die Tarife ja fast täglich wechseln und steigen, und der gewöhnliche Sterbliche, der nicht jeden Tag Briefe abschickt, die so häufig wechselnden Preisangaben unmöglich im Kopf behalten kann.

Stein der Weisen
Das Original aller Nagelpfeilersteine
Überall erhältlich.
KOPP & JOSEPH
BERLIN W 50
Potsdamer Straße 122

Warum die teuren Fernlinien?
Sie laufen ja über Berlin
Da Doppelpfeiler 20 Gramm 250.-
Dritte 300 Gramm 450.-
Schnittpulver kann mit
am billigsten abfordern
Berliner Seifenhaus Südost
Peters & Co., Neanderstr. 35.

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

Seifen
250, 400, 600 Gramm • Kleeblät
abgelagert
210, 275 - Hildesheimer Str. 1.

H. Wiese, Juwelier
Ausdrill- und Präzisionsarbeiten nach außerhalb gegen Rückporto.
Anfragen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.

Drum prüfe, war sich ewig binde!
Als Selbstverleiher liefern sich in Qualität und Preis einzig dastehend
Trauringe
1 Ring in Stempel v. M. 2000 an
1 Ring 300 gestempelt v. M. 17,00 an
1 Ring 333 gestempelt v. M. 1000 an
Einfache Ringe 4000 M.

er eine 20-Mark-Warte auf den Brief und warf ihn in den dunklen Schlund des Briefkastens. Anstatt nun aber von der betreffenden Firma Nachricht zu erhalten, kam der Brief nach ein paar Tagen an den Absender zurück mit der Aufforderung, 60 M. Strafpfand zu bezahlen.

Rhein-Ruhr- oder Briefmarkenhändler-Hilfe?

Ich habe geschäftliche Beziehungen in Frankreich und Belgien und möchte meine Briefe dorthin mit den Briefmarken für Rhein-Ruhr-Hilfe frankieren. 50 Proz. dieser Spende würden die Empfänger zahlen und somit würden auch Franzosen und Belgier zur Rhein-Ruhr-Hilfe zugezogen werden, was gewiss schon aus moralischen Rücksichten sehr wünschenswert wäre.

Bummel der Steuerbehörde.

Daß die geringen Steuererträge ihren Hauptgrund in der schlechtesten Zurückhaltung der Befehlenden haben, unterliegt keinem Zweifel. Daneben aber tragen auch die Steuerbehörden einen guten Teil Schuld an der Misset.

Weinmeister, Münzstraße in zweiter Auflage.

Geradezu unhaltbare Zustände haben in letzter Zeit durch die sich Linienstr. 50 befindliche „Herberge zur Heimat“ Platz gegriffen. Nicht allein bei Tage, sondern vor allem in den Abendstunden sammeln sich auf der Straße vor der Herberge allerhand arbeits- und lichtscheue Gestalten, die durch ihr Auftreten eine öffentliche Gefahr bilden.

Ohne Mieten-Vorschläge.

Der Berliner Magistrat hat sich mit seinem am „grünen Tisch“ geschaffenen, von vielen im Mietrecht erfahrenen Juristen überhaupt als Verstoß gegen das Reichsmietengesetz erklärten System der Vorschlagszahlungen um Umlagekosten in der Praxis eine Niederlage geholt.

Wirtschaft

Keine Illusionen!

Der amtliche Bericht über die Ergebnisse der Lebensmittelstatistik wies darauf hin, daß der Preisanstieg im Kleinhandel in der letzten Zeit nachgelassen habe. Das trifft zweifellos zu. Eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 136 Proz. wie im Februar wird der Monat März, wenn nicht ganz unerwartete Ereignisse eintreten, zweifellos nicht bringen.

Ob ein Preisabbau aber für die Zukunft zu erwarten ist, steht noch dahin. Es ist jedenfalls auffallend, daß die Industrie- und Handelszeitung für die letzte Woche des Februar bereits wieder eine geringe Steigerung der Großhandelspreise, nämlich um 2,5 Proz., gegen die vorangegangene Woche feststellte.

Wohnungs-, Siedlungs- und Bauwesen.

Das erste „Jahrbuch für Wohnungs-, Siedlungs- und Bauwesen“ ist kürzlich im Verlag für Politik und Wirtschaft (Berlin W. 35, Potsdamer Str. 35) erschienen. Es ist vom Geheimen Regierungsrat Otto Glah, Ministerialdirigent im Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Hans Krüger und Stadtbauinspektor Dr. Ing. Albert Gut, München, in Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium herausgegeben worden und enthält auf 468 Seiten eine Fülle von Material über fast alle wichtigen Fragen des Wohnungs-, Siedlungs- und Bauwesens.

Frankreich droht Arbeitslosigkeit.

Die französische Zeitung „Deuvre“ veröffentlicht einige Berichte aus der französischen Eisenindustrie, um zu zeigen, daß die Befehung des Ruhrgebietes vorläufig in keiner Weise den Besprechungen gerecht geworden ist, die die Regierung gemacht hat.

CREME PERI
Schlechtes Wetter,
Sturm und Regen machen die Haut rau und spröde. Sie bleibt aber stets geschmeidig und gesund, wenn sie regelmäßig mit «Crème Peri» eingerieben wird.
Peri Talkum-Puder - Crème Peri-Soife
Überall erhältlich!
DR. M. ALBERSHEIM • FRANKFURT A. M.
Fabrik feiner Parfümerien
Gegr. 1893

